Beilage: Extrablatt zum Roten Antikriegstag 1975

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 34 vom 23. August 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

5 Jahre Ostverträge

Bonn schluckte Moskaus Köder

Vor fünf Jahren, am 12. April 1970 setzten Kossygin, Gromyko, Brandt und Scheel ihre Unterschrift unter den Vertrag Moskau-Bonn, ungefähr ein Jahr später wurde der Vertrag ratifiziert. „Ostverträge sichern Frieden" – unter dieser verlogenen Parole verbreiteten die D„K"P-Revisionisten damals wie heute lautstark Illusionen vom Frieden, der angeblich durch die Zusammenarbeit mit den russischen Sozialimperialisten zu erreichen sei. Damals vermochten die D„K"P-Revisionisten Zehntausende Menschen mit ihrem Betrug auf die Straße zu locken für reaktionäre Demonstrationen, deren Zweck es war, den imperialistischen Kuhhandel zwischen Moskau und Bonn als ein Werk des Willens der Völker erscheinen zu lassen.

Heute, fünf Jahre später, haben zwar immer noch viele Menschen Illusionen über diesen und die folgenden Verträge mit Moskau, doch die Zahl derer, die die wachsende Kriegsgefahr hinter dem Schleier von Verträgen und Friedensillusionen erkennen wächst mehr und mehr. Denn die Versprechungen der D„K"P-Revisionisten, die sie mit den Ostverträgen verbanden, werden durch die Tatsachen selbst Lügen gestraft.

Auf die Frage, was denn der Arbeiter von dem Vertrag zwischen Moskau und Bonn haben würde, schwärmten damals die D„K"P-Revisionisten: „Der Friede würde sicherer. Es zöge endlich Ruhe in Europa ein. Wir alle könnten also sicherer leben". Und: „Die Rüstungsausgaben könnten gesenkt werden." Ist denn in den letzten fünf Jahren der Rüstungshaushalt der Sowjetunion, der USA oder etwa der Rüstungshaushalt Westdeutschlands gesenkt worden? Nicht einen Pfennig! Im Gegenteil, wie nie zuvor wurden die Rüstungsausgaben in den letzten fünf Jahren gesteigert, wurden die Kriegsausrüstungen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion und im Rahmen der Nato auch die Westdeutschlands verbreitert, wurden immer umfassendere neue Waffensysteme geschaffen. **Die Rüstungshaushalte des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus erreichten jeweils im letzten Jahr die 100 Milliardengrenze. Die russischen Truppen an der DDR-Grenze sind nicht etwa weniger geworden, sondern sie wurden massiv verstärkt. Wo ist da der „Friede sicherer" geworden, wie können wir da „sicherer leben"?**

Früher wurde die Anwesenheit dieser Truppen an der DDR-Grenze begründet mit der Gefahr, die vom westdeutschen Militarismus ausgehe. Aber nachdem sich die Moskauer Sozialimperialisten und die westdeutschen Imperialisten umarmen, welche Gründe gibt es denn da, die Truppen zu verstärken? Die „Gefahr vom westdeutschen Militarismus" ist inzwischen in der Tat ein welkes Feigenblatt für die Anwesenheit der russischen Truppen geworden, das die wahren Ambitionen der russischen Sozialimperialisten nicht verbergen kann.

Gewiß, der westdeutsche Imperialismus hegt – entgegen den Lügen der Kremlführer, die ihm „Vernünftigkeit" bescheinigen – nach wie vor Ambitionen, seine Macht zu stärken und er wird, bis er vom deutschen Volk zerschlagen sein wird, seinen militaristischen und revanchistischen Charakter nicht ablegen. Aber es ist nicht der westdeutsche Imperialismus, der überall auf der Welt seine Truppen und Militärflotten stationiert hat und die Völker blutig unterdrückt, sondern es sind die beiden Supermächte, der US-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus. Angesichts dessen sehen sich die westdeutschen Imperialisten nicht in der Lage, ihre gefährlichen Ambitionen zu verwirklichen, sondern sie selbst sind vielmehr dem Druck und der Einmischung durch die beiden Supermächte ausgesetzt.



Am 13. August demonstrierte die KPD/ML in Westberlin gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und gegen das sozialfaschistische Regime in der DDR. (Siehe Bericht Seite 2).

Fortsetzung auf Seite 2

Strontium 90 in einem Frankfurter Weiher

Am Mittwoch, den 13. haben städtische Arbeiter bei der Entschlammung eines Weihers in der Frankfurter Innenstadt einen Bleibehälter gefunden, der radioaktives Strontium 90 enthalten hat. Nur den Arbeitern ist zu verdanken, daß der Behälter nicht noch irgendwo anders unbemerkt gelandet ist.

Entwässert wurde der Weiher zum großen Teil schon vor Monaten. In dieser Zeit war er der tägliche beliebte Spielplatz vieler Kinder aus den umliegenden Wohnhäusern. Jeden Tag gehen unzählige Menschen am Weiher vorbei zur Arbeit, zum Einkaufen usw. oder halten sich für einige Zeit in dem kleinen Park auf, der ihn umgibt. Nach Angaben der bürgerlichen Presse haben sich bis Donnerstag morgen 60 Menschen, meist Eltern gemeldet. Sie fürchten, daß ihre Kinder oder sie selbst radioaktiv verseucht sind. **Strontium 90 lagert sich in den menschlichen Knochen ab, erzeugt Knochenkrebs und ähnliche Krankheiten. Es gelangt über die Atemwege, Wunden in die Blutbahnen oder setzt sich auf der Haut fest. Ist es erst einmal in den Körper gelangt, kann es von diesem, wenn überhaupt, erst nach 28 Jahren völlig abgebaut werden.**

Während sich empörte Eltern fragen, wo ihre Kinder in dieser Stadt überhaupt noch spielen können, ohne daß man um ihr Leben und ihre Gesundheit bangen muß (erst vor kurzem griff die Polizei mit Chemical Mace Kinder in Frankfurt Bockenheim an, weil sie gegen die große Unfallgefahr auf einer Straße vor einem Spielplatz protestierten), versuchen die zuständigen Stellen der Bourgeoisie und die untersuchenden Faschleute die Sache herunterzuspielen:

Der Strahlenwert des Strontium sei nicht so hoch, das Wasser sei nicht verseucht, das Strontium sei höchstens einen Zentimeter in die Erde eingedrungen. Und überhaupt sei es äußerst unwahrscheinlich, daß Kinder ernsthaft gefährdet sein könnten.

Tatsächlich liegt aber der Strahlenwert des gefundenen Strontiums laut Rundfunk tausendmal höher als der Wert, der die Gefahrengrenze angibt.

Fortsetzung auf Seite 2

Großfeuer in der Heide

Musste es zur Katastrophe kommen?

Zehn Tage lang haben die Flammen in den völlig ausgedörrten Wald-, Heide- und Moorgebieten im östlichen Teil Niedersachsens gewütet. Fünf Feuerwehrmänner verbrannten im Kampf gegen die größte Brandkatastrophe, die es in der Bundesrepublik bisher gegeben hat. Städte und Dörfer waren bedroht, Tausende von Menschen mußten evakuiert werden, zahlreiche Häuser und Gehöfte fielen dem Brand zum Opfer.

Der Schaden, der durch die Brände verursacht worden ist, ist riesengroß und geht weit über die 80 Millionen DM, die jetzt angegeben werden, hinaus. 77 qkm Wald sind vernichtet worden, die schwarzgebrannten, riesigen verkohlten Flächen bieten ein trauriges Bild der Verwüstung in diesem größten zusammenhängenden Waldgebiet der Bundesrepublik, das gleichzeitig ein Ausflugsgebiet für Millionen von Menschen, vor allem aus den Städten, Hamburg, Bremen und Hannover ist.

Wie konnte es zu einer solchen riesigen Katastrophe kommen?

Tatsache ist, daß z. B. für die frühzeitige Entdeckung von Waldbränden (sie von vornherein zu verhindern, ist kaum möglich) ein umfangreiches Warnsystem notwendig wäre, angefangen von Beobachtungstürmen und örtlichen Beobachtungsposten bis hin zu regelmäßigen Aufklärungsflügen über die gefährdeten Gebiete. Ein solches Warnsystem existiert allerdings nicht, so daß die Brände viel zu spät entdeckt worden sind und vor allem anfangs bei den örtlichen Feuerwehren große Unklarheit über ihre Ausdehnung und das Ausmaß geherrscht hat.

Die bürgerliche Presse hat darüber hinaus in den vergangenen Tagen zahlreiche Äußerungen von Bewohnern des betroffenen Gebietes, von Feuerwehrmännern und Soldaten der Bundeswehr, die empört berichten, wie die Politiker der Parteien die Oberkreisdirektoren und Regierungspräsidenten versucht haben, die Brandkatastrophe und die Be-

Fortsetzung auf Seite 10

AUS DEM INHALT

Demonstration in Westberlin: Weg mit der Mauer 2
Westberlin/ 11 000 Krankenhausbetten sollen gestrichen werden 2
BASF/ Über 100 Lehrlinge von Entlassung bedroht 3
Kapitalisten vor der Tarifrunde: Erpressung- und Spaltungsmanöver . 3
Oberlandesgericht Düsseldorf/ Ermittlungen gegen Günters Mörder abgelehnt 4
Prozeß gegen Roten Morgen 4
marxistisch-leninistische Parteien Westeuropas zur KSZE 5
Angela Davis – Verrat am Kampf der Neger in den USA 6
EAP/ Eine Bande von Provokateuren und Agenten 6
Heinz Baron freigekämpft 7
Chile/ Neue Verbrechen der Junta . . 8
UNO: US-Veto gegen Vietnam 8
Vietnamesen von US-Armee verschleppt 8
FRAP: Freiheit für die 16 Patrioten . 8
Thailand/ 10 Jahre bewaffneter Kampf 9
Nordirland/ Bewaffneter Kampf wird verstärkt 9

Demonstration in Westberlin

Weg mit der Mauer!

Rund 150 Freunde und Genossen folgten am 13. August in Westberlin dem Aufruf unserer Partei zu einer Demonstration gegen die russischen Sozialimperialisten, die sozialfaschistische Honeckerclique und die modernen Revisionisten der SED/SEW anläßlich des 14. Jahrestages des Baus der Mauer.

Die Demonstration führte immer in der Nähe der Mauer von Kreuzberg nach Neukölln und die Abschlußkundgebung wurde in unmittelbarer Nähe der Mauer abgehalten, die hermetisch von der Polizei abgeriegelt war. Unter der Bevölkerung hat diese Demonstration große Aufmerksamkeit gefunden. Bei den Kurzkundgebungen sammelten sich immer wieder zahlreiche Menschen an, von denen einige dem Demonstrationszug sogar über eine längere Strecke folgten.

Zur Vorbereitung der Demonstration hatten die Genossen in der Woche vor dem 13. August in verschiedenen Stadtteilen Kurzkundgebungen durchgeführt, **Bei diesen Kundgebungen zeigte sich daß gerade in Westberlin die Empröung und der Haß vieler Menschen auf das Regime in der DDR und die modernen Revisionisten der SEW groß ist. Als die Genossen der Partei im Stadtteil Moabit eine Kurzkundgebung durchführten, hatten auch die modernen Revisionisten der SEW in der Nähe einen Literaturstand aufgebaut. Während der Kundgebung der Partei zerschlugen zwei fortschrittliche Arbeiter den Literaturstand der SEW, die daraufhin die Polizei holte, die einen der beiden Arbeiter verhaftete. Dies löste unter den Menschen, die sich inzwischen angesammelt hatten, große Empörung aus. Viele riefen: „Laßt den Mann los!" Und einige meinten: „An der Mauer dürfen sie Menschen und sogar Kinder erschießen, aber wenn man ihnen die richtige Antwort gibt, dann wird man verhaftet."**

Am Samstag vor dem 13. August besuchten dann etwa 250 Menschen eine Veranstaltung der Partei, darunter auch einige Genossen der GRF (KPD) und der Liga gegen den Imperialismus, von denen sich einige auch an der Demonstration beteiligten, obwohl die GRF (KPD) in Westberlin eine Aktionseinheit für eine gemeinsame Demonstration abgelehnt hatte. **Die Begründung dafür war u. a., daß eine solche Demonstration vom Kampf gegen die Hauptkriegstreiber ablenken würde und daß wir durch eine solche Demonstration leicht mit der Jungen Union verwechselt werden könnten.** Die Tatsachen haben aber bewiesen, daß diese Begründung offensichtlich falsch ist. Die Ablehnung der GRF (KPD) sich an der Demonstration zu beteiligen bedeutet dagegen ein Zurückweichen vor dem modernen Revisionismus.

Bonn schluckte Moskaus Köder

Fortsetzung von Seite 1

Die Hauptgefahr für Frieden und Sicherheit geht heute von niemand anderem aus als von den beiden Supermächten, die um ihre Einflußbereiche, um Vorherrschaft wie überall in der Welt so auch und vor allem in Europa ringen. Und diese Gefahr hat sich seit dem Vertrag Moskau-Bonn nicht etwa verringert, sondern sie hat zugenommen.

Warum lag und liegt denn den Kremlführern so viel an einer „Zusammenarbeit" mit Westdeutschland? Weil sie darin ein Mittel sehen, ihren Einfluß und ihre Macht in Westdeutschland und ganz Westeuropa auszubauen und zu festigen. Stand bis zum Vertrag Moskau-Bonn der westdeutsche Imperialismus allein im Dienste der Hegemoniepolitik des US-Imperialismus, so haben sich die sowjetischen Sozialimperialisten in den letzten Jahren zusehends bemüht, die westdeutschen Imperialisten auf ihre Seite zu ziehen, sie in ihren Netzen, die sie ausgelegt haben, einzufangen. Eines dieser Netze war eben der Vertrag Moskau-Bonn.

Um die Unterschrift der westdeutschen Imperialisten unter die Anerkennung der russischen Vorherrschaft über Osteuropa und zur „Zusammenarbeit" zu bekommen, scheuten sie sich nicht, die westdeutschen Imperialisten mit ihren revanchistischen Bestrebungen, sich die DDR einzuverleiben, zu ködern. Sie boten der Bonner Regierung an, sie bräuche die DDR nicht völkerrechtlich anerkennen und könne Westberlin voll und ganz unter die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus stellen. Damit verschacherten die russischen Sozialimperialisten souveräne Interessen der Bevölkerung in der DDR, der bis heute die Papiere, die im Zusammenhang mit dem Vertrag Moskau-Bonn über die DDR gewechseln wurden, verschwiegen werden. Als „Gegenwert" unterzeichneten die westdeutschen Imperialisten in der Folge mehrere Wirtschaftsverträge, denen gemäß Westdeutschland zum Aufbau russischer Industrie Milliardenkredite aufbringen muß, die mit Rohstoffen und vor allem Energiestoffen getilgt werden sollen. Die russischen Sozialimperialisten erreichten dadurch zweierlei: Zum einen können sie durch den Aufbau ihrer Wirtschaft mit Milliarden-Kapital aus dem Westen sich noch mehr mit aller Kraft auf die Aufrüstung ihrer Kriegsarmee werfen, zum anderen aber bringen gerade die Rohstofflieferungen und insbesondere dabei die Gar- und Stromlieferungen Westdeutschland in eine gewisse Abhängigkeit von Moskau, stärken und erweitern den Einfluß der russischen Sozialimperialisten auf Westdeutschland und damit auf Westeuropa.

Dieser Vertrag hat nicht den Frieden gesichert, sondern den Ambitionen der sowjetischen Supermacht, über ganz Europa ihre Vorherrschaft zu errichten, den Weg zu ebnen geholfen. Er hat konkret die Beziehungen zwischen Westdeutschland und seinem Oberherrn USA gelockert, zugunsten des Einflusses und der Macht des sowjetischen Sozialimperialismus. Der Vertrag Moskau-Bonn ist damit selbst Ausdruck der sich verschärfenden Rivalität zwischen den beiden Supermächten, dem US-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus um die Vorherrschaft über ganz Europa.

Daß dennoch viele Menschen in unserem Land von diesem Vertrag „Sicherheit und Entspannung" erwartet haben, liegt vor allem an der verlogenen Propaganda der modernen Revisionisten der D„K"P, die mit allen Registern der Demagogie bei diesem Kuhhandel sowohl Bonn wie auch Moskau Schützenhilfe gab. Sie versuchten für diesen imperialistischen Kuhhandel das Volk zu mobilisieren, indem sie in einer breiten Kampagne die Imperialisten und ihre Vertreter in „vernünftige" und „reaktionäre" einteilten: Brandt, der „Vernünftige" und Strauß, der „Reaktionär", wobei sie der Arbeiterklasse die Aufgabe wiesen, die „Vernünftigen" gegen die „Reaktionäre" zu verteidigen und so die Arbeiterklasse an den Imperialismus und konkret an den Kuhhandel Moskau-Bonn zu ketten suchte.

Eine weitere Parole, mit der sie für die Unterstützung der Ostverträge zu mobilisieren versuchte und mit der sie auch heute noch Verwirrung stiftet ist „Ostverträge sichern Arbeitsplätze". Dafür würden die Aufträge aus Moskau sorgen. Sah die Arbeiterklasse in ihrer ganzen Geschichte den Ausweg aus Krise und Arbeitslosigkeit im Sturz des Kapitalismus, so behaupten die Revisionisten der D„K"P jetzt, es wäre Aufgabe der Arbeiterklasse für Aufträge für die Kapitalisten, für die großen Monopole zu kämpfen, damit diese ihre Profite noch weiter erhöhen könnne? Mögen diese Aufträge vorübergehend sogar dazu führen, daß in einigen wenigen Bereichen der Wirtschaft Entlassungen hinausgezögert werden – aber um welchen Preis? Um den Preis, daß die sowjetischen Sozialimperialisten ihren Einfluß in unserem Land noch mehr steigern können und dieser aggressiven kriegslüsternen Macht das Eindringen in Westeuropa noch mehr erleichtert wird, eine sozialfaschistische Herrschaft Moskaus über ganz Europa begünstigt wird.

Gerade dies zeigt, daß die D„K"P-Revisionisten zwei Herren zugleich dienen, indem sie zum einen die westdeutschen Imperialisten vor ihrem Sturz durch die proletarische Revolution zu schützen, die Arbeiterklasse vom revolutionären Weg wegzerren suchen und indem sie zum anderen den aggressiven Vorherrschaftsplänen des russischen Sozialimperialismus in Europa Vorschub leisten.

Die wahren Kommunisten, die marxistisch-leninistischen Parteien, darunter auch die KPD/ML, haben diese Verträge von Anfang an verurteilt und bekämpft als Betrug an den Interessen der Völker Europas. Sie haben gegen die revisionistische Lügenpropaganda das wahre Gesicht der russischen Sozialimperialisten enthüllt und den Völkern gegen diesen Kuhhandel den wirklichen Weg zu Frieden und Sicherheit gewiesen, den Weg der Zerschlagung des Imperialismus, den Weg der proletarischen Revoltuion. **Dies ist nicht ohne Wirkung geblieben. Viele Menschen sehen die Wirklichkeit heute klarer und erkennen hinter dem Friedenspalaver der Imperialisten die wachsende Kriegsgefahr, die von den beiden Supermächten droht. Sie gilt es zusammenzuschließen in dem Kampf, der allein den Völkern Frieden und Freiheit bringen wird, im revolutionären Kampf gegen die beiden Supermächte und jeglichen Imperialismus.**

Senatsplan in Westberlin

11 000 Krankenhausbetten sollen gestrichen werden

In Westberlin ist jetzt ein Senatsplan bekannt geworden, nach dem bis 1990 weitere 39 Krankenhäuser geschlossen werden sollen. Damit würden 11000 Krankenbetten wegfallen und zugleich 15000-20000 Beschäftigte „eingespart" werden.

Dieser Plan geht von folgender Berechnung aus: 1990 soll Westberlin 2 Millionen Einwohner haben, die „Krankenhaushäufigkeit" soll 150 Einweisungen ins Krankenhaus je 1000 Einwohner betragen; durchschnittlich soll ein Patient 17,5 Tage im Krankenhaus bleiben; die Belegung der Krankenhäuser soll 87,5% betragen. Bei diesem Kalkül kommt unter dem Strich heraus, daß 27922 Betten gebraucht werden. Gegenwärtig sind es noch über 36000. Also sind 11000 „überflüssig".

Würde in dieser Berechnung auch nur ein Körnchen Wahrheit stecken, dann hieße das, daß gegenwärtig ziemlich genau diese 11000 Betten leerstehen. Ein einziger Blick in ein beliebiges Krankenhaus aber genügt, um zu sehen, daß das genaue Gegenteil der Fall ist. Aber mit der Streichung der 11000 Betten ist der Angriff auf die Gesundheitsversorgung der Westberliner Bevölkerung noch nicht erschöpft. Auch die Verweildauer im Krankenhaus von jetzt 19 Tagen soll auf 13 pro Patient heruntergedrückt werden. So werden weitere Tausende von Betten gestrichen werden.

Das alles geschieht in einer Situation, in der durch Reihenuntersuchungen unwiderlegbar bewiesen ist, daß 1/5 bis 1/3 der Werktätigen, die täglich zur Arbeit gehen, so krank ist, daß sie sofort ins Krankenhaus eingewiesen werden müßten. Weiter ist bekannt, daß 1974 in Westdeutschland und Westberlin die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung erstmals seit 30 Jahren gesunken ist. Außerdem ist völlig klar, daß bei der ungünstigen Altersstruktur der Stadt Westberlin in Zukunft eher mehr Betten als weniger gebraucht werden. Wird dieser kriminelle Plan verwirklicht, dann wird das bedeuten, daß ein Kranker keinen Anspruch mehr auf ein Bett im Krankenhaus hat.

Aber der Widerstand in den Krankenhäusern wächst. So hatte es schon 1973 einen „Bettenbedarfsplan" des Senats gegeben, nach dem 3200 Betten gestrichen werden sollten. Bisher konnte davon nur die Streichung von 717 Betten verwirklicht werden. Zu groß war der Widerstand der Beschäftigten und der Bevölkerung. Ein weiteres Beispiel ist die letzte Personalversammlung im Neuköllner Krankenhaus. Hier war Senatsdirektor Naulin erschienen und wollte den Kollegen die Gesundheitspolitik des Senats schmackhaft machen. Ihm schlug eine Welle der Empörung entgegen, obwohl zu der Zeit die neuesten Pläne des Senats noch gar nicht bekannt waren. Auch nicht in einer einzigen Wortmeldung von Kollegen wurde die „Gesundheitspolitik" des Senats verteidigt. Inzwischen sind im Krankenhaus über 200 Unterschriften für eine erneute Personalversammlung gesammelt worden, nachdem die neuen Senatspläne bekannt wurden.

Immer mehr Kollegen werden im weiteren Kampf erkennen, daß die entscheidende Frage für die Gesundheitspolitik die ist, daß es in der Bundesrepublik die Kapitalistenklasse ist, die über sie bestimmt. Für die Kapitalisten aber sind die Werktätigen nichts als eine Ware, mit der sie ihren Profit machen. Gesundheitspolitik, die dem Menschen dient, ist erst möglich, wenn sich die Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution einen Staat erkämpft, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen-Bauern die politische Macht ausübt und auch die Gesundheitsversorgung des Volkes bestimmt.

Unzählige Menschen gefährdet

Fortsetzung von Seite 1

Natürlich weiß niemand, woher das Strontium kommt, man weiß es genau so wenig, wie schon vor einigen Monaten. Damals wurde auf verschiedenen Mülldeponien der Bundesrepublik radioaktiver Atommüll gefunden. Die kapitalistische Profitwirtschaft hat bereits viele unserer Flüsse und Seen zu stinkenden Kloaken gemacht, hat die Luft in den Städten verpestet. Erst vor kurzem mußte in Mannheim Katastrophenalarm gegeben werden, weil ein chemisches giftiges Gas in die Luft geraten war. Warum soll da nicht auch einmal ein Behälter von Strontium 90 in einem Weiher deponiert werden? Vor diesen Tatsachen mutet es geradezu lächerlich, an, wenn der kapitalistische Staat beim geplanten Bau von Kernkraftwerken wie in Wyhl versucht, uns glauben zu machen, etwas Sichereres als diese Anlagen gäbe es gar nicht.

Natürlich Vorschriften, Schutzbestimmungen usw. gibt es genügend, um die „Umweltfreundlichkeit" der Wirtschaft und des Staates zu bezeugen. So heißt es zum Beispiel in den Strahlenschutzbestimmungen unter anderem, daß ein ausreichender Schutz Einzelner und der Allgemeinheit vor Strahlenschäden an Leben, Gesundheit und Sachgütern garantiert seit muß.

Aber wie heißt es im Volksmund „zum Schutz des Volkes" durchsetzt, zeigte sich zuletzt im Bochumer Giftmüllprozeß, wo das Gericht mit ein paar Monaten Gefängnis auf Bewährung die Transportfirma bestrafte, die mit der Ablagerung von Arsen auf einer normalen Mülldeponie das Leben von zig tausend Menschen gefährdet hatte. Den Kapitalisten, die sich auf diese Weise ihres Abfalls endledigt hatten, wurde gar nicht erst der Prozeß gemacht.

Angesichts dieser Tatsachen heißt es nichts anderes, als den Bock zum Gärtner machen, wenn die D„K"P nach mehr Schutzvorschriften, nach einer strengeren Befolgung der Vorschriften und nach dem Eingreifen des Staates schreit.

Denn so wie der Staat auf der einen Seite die Verbrecher schützt und deckt, geht er auf der anderen Seite mit brutalem Terror gegen die Bevölkerung vor, wenn sie – wie die Bevölkerung in Wyhl – sich entschlossen gegen eine Verseuchung der Umwelt zum Beispiel durch den Bau eines KKW zur Wehr setzt.

Die großen Aktivitäten der modernen Revisionisten auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind nicht zufällig. Denn hier spüren Millionen von Menschen am eigenen Leib, daß diejenigen, die dem Volk Freiheit und Demokratie versprechen, in Wirklichkeit Gangster sind, die ohne mit der Wimper zu zucken, für ein paar Millionen Mark Profit das Leben und die Gesundheit des Volkes gefährden. Hier zeigt sich tagtäglich klarer, daß die Arbeiterklasse und die naderen Werktätigen ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder nur schützen können, wenn sie das verbrecherische kapitalistische System stürzen und für den Sozialismus, die Herrschaft der Arbeiterklasse kämpfen.

Kurz berichtet

ESSEN

In Essen fand am 2. 8. eine Veranstaltung der Roten Garde statt unter dem Thema „Was will die Rote Garde?". Es kamen rund 40 Freunde und Genossen. Eine Genossin hielt eine Rede über die Lage der Jugend im Kapitalismus. Ein Genosse ging in einer Rede auf die Kriegsgefahr ein, die aus der Rivalität der beiden Supermächte resultiert. Anschließend führte der Essener AP-Trupp „Roter Sturmtrupp" ein Stück auf zur Entlarvung der KSZE-Gespräche. Zum Schluß der Veranstaltung wurden zwei norwegische Plakate versteigert. Es kamen 309 DM zusammen, die für den Roten Antikriegstag zur Verfügung gestellt wurden. Die Versammelten verabschiedeten eine Resolution für alle Genossen, die wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 im Gefängnis sitzen.

PREETZ

Am 12. 8. führte die Sympathisantengruppe der KPD/ML in Preetz eine Veranstaltung zur Einheit der Marxisten-Leninisten durch, die von 18 Preetzer Freunden und Genossen besucht wurde. Unter den Besuchern waren auch Genossen und Sympathisanten des KBW. Auf der Veranstaltung wurden 25 DM für den Roten Antikriegstag gesammelt.

REUTLINGEN

Am 5. 7. führte die Rote Garde in Reutlingen einen Stand in der Innenstadt durch, der ebenfalls unter dem Thema stand „Was will die Rote Garde?". Nur wenige Meter daneben hatten Faschisten der NPD einen Stand aufgebaut. Es gelang den Genossen, nachdem sie zunächst Parolen gegen die Faschisten gerufen hatten, den Stand zu zerstören. Es kam sofort Polizei, um die Personalien eines der Genossen aufzunehmen. Der Genosse wandte sich jedoch an die Passanten, von denen sich ungefähr 100 um den Stand versammelt hatten. Als die Polizisten merkten, daß sich hier niemand über das Vorgehen der Roten Garde gegen die Faschisten empörte, zogen sie wieder ab. Am nächsten Tag konnten die Genossen in der Zeitung lesen, daß die ganze Aktion unter den Augen der Kripo abgelaufen war. Zwischen dem Stand der Faschisten und dem Stand der Roten Garde hatte der Kripochef von Reutlingen Sportartikel verkauft, aber nicht gewagt, in die Auseinandersetzung einzugreifen.

DETMOLD

Die Ortsgruppe Detmold der Liga gegen den Imperialismus verabschiedete am 16. 7. 75 eine Protestresolution gegen die geplante Ausweisung des Genossen Paul Pittam nach England.

BERICHTIGUNG

In der letzten Nummer des Roten Morgen ist uns im Artikel „Prozeß gegen Ernst Aust" ein Fehler unterlaufen. Das am Ende der Seite 1 abgebrochene Zitat aus dem „Rheinischen Merkur" muß vollständig lauten: „Das große Anliegen, von dem man wünschen möchte, daß es ... schnell und zielsicher angepackt wird, ist die endgültige Abtötung des Marxismus-Leninismus, die Entgiftung des Sozialismus, nicht nur in Deutschland, sondern ausstrahlend nach Europa."

Dieser Ausgabe des Roten Morgen liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kapitalisten vor der Tarifrunde

Erpressungs- und Spaltungsmanöver

Die im Herbst beginnenden Tarifkämpfe werden von den Kapitalisten, ihrem Staat und dem DGB-Apparat jetzt propagandistisch vorbereitet. Die Propaganda der Kapitalisten und ihrer Handlanger läuft natürlich auf die Behauptung hinaus, weiterer Lohnabbau sei angesichts der hohen und nach wie vor steigenden Arbeitslosenzahlen volkswirtschaftlich notwendig. Dementsprechend gab Vetter in einem Spiegel-Interview (vgl. RM 32) die Marschrichtung an, die die Arbeiterklasse nach dem Willen des imperialistischen DGB-Apparats einschlagen soll: „. . . unter den genannten Bedingungen auf Reallohnsteigerungen zu verzichten."

Die Herren können sich ihre pseudowissenschaftlichen Erklärungen sparen. Was hier gespielt wird, liegt doch auf der Hand. Steigt das Angebot einer Ware höher als die Nachfrage nach ihr, dann verschärft sich die Konkurrenz und der Preis wird gedrückt. Und im Kapitalismus ist die Arbeitskraft eine Ware wie jede andere. Die über 1 Million arbeitslosen Kollegen sind für die Kapitalisten das Überangebot der Ware Arbeitskraft. **Die Schlangen in den Arbeitsämtern bedeuten für die Kapitalisten die willkommene Gelegenheit, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen und den Lohn, also den Preis der Ware Arbeitskraft, zu drücken.** Wer nicht zu den verschärften Ausbeutungsbedingungen arbeiten will, für den steht auf den Arbeitsämtern die Reservearmee der Arbeitslosen bereit. Das ist die erpresserische Logik der Kapitalisten in der Krise. Sie spekulieren darauf, daß die Angst der Kollegen, selbst auf die Straße zu fliegen, größer ist als der Wille, sich gegen die verschärfte Ausbeutung zur Wehr zu setzen, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern stärker ist als die Klassensolidarität.

Und DGB-Bonzen wie Vetter, der gesamte DGB-Apparat sieht ebenfalls in den Arbeitern nichts anderes als die Ware Arbeitskraft. Er hat die Aufgabe, den Arbeitern einzureden, die Vernunft der Kapitalisten sei auch ihre Vernunft. Die Arbeiterklasse soll auch noch einsehen und Verständnis dafür aufbringen, daß sie ihre Arbeitskraft als Lohnsklaven zu den von den Kapitalisten diktierten Bedingungen zu Markte tragen muß. Der DGB-Apparat fordert nicht weniger von der Arbeiterklasse, als den Erpressungen der Kapitalisten auch noch Beifall zu klatschen, in den arbeitslosen Kollegen aber den Konkurrenten und damit den Feind zu sehen. Die Rolle des DGB-Apparats als Instrument der Kapitalistenklasse wird gerade jetzt, wo unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise, Tarifkämpfe anstehen, besonders deutlich.

Genauso deutlich wird, daß der Weg des DGB-Apparats, also die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Interessen der Kapitalistenklasse, zur fortschreitenden Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse führt. Die Arbeiterklasse muß die ihr vom DGB-Apparat und anderen Handlangern der Kapitalistenklasse angelegten Fesseln der Sozialpartnerschaft, der Mitbestimmung, des stabilitätsgerechten Verhaltens, der Klassenversöhnung usw. sprengen. Dagegen muß in den kommenden Tarifkämpfen die Tatsache, daß immer mehr Kollegen erkennen, wie die Interessen von Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse sich unversöhnlich gegenüberstehen, genutzt werden, um Fortschritte in dem Zusammenschluß der Kollegen in der revolutionären Gewerkschaftsopposition, zu erreichen. Zu den wichtigsten Aufgaben der RGO gehört der Kampf um die Einheit der Arbeitslosen mit den Kollegen in den Betrieben. Beim weiteren Aufbau der RGO müssen wir an die Erfolge bei den Betriebsratswahlen anknüpfen. **Diese Orientierung auf den Aufbau der RGO bedeutet gleichzeitig, in die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die wachsende Ausbeutung die Idee der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution zu tragen, der Zerschlagung des Ausbeuterstaates und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeitskraft keine Ware mehr ist, in der die Arbeiterklasse die politische Macht in Händen hält.**

BASF-Mannheim/Ludwigshafen

Über 100 Lehrlinge sollen entlassen werden

Vor kurzem erhielten sämtliche Lehrlinge der BASF in Mannheim/Ludwigshafen, die jetzt die Prüfung ablegen, ein Schreiben der Werksleitung, daß sie in diesem Jahr nicht mit einer automatischen Einstellung rechnen können. Denn schon jetzt ist klar, daß 1/4 der 500 Lehrlinge nach der Prüfung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen wird.

„Die Rote Fackel", Die BASF-Zeitung der ROTEN GARDE schreibt dazu: „Wie gehen diese Herren Seefelder und Co vor? Sie sieben! Zuerst schicken sie nach der Prüfung alle Lehrlinge nach Hause. Kein Wunder, denn sie haben Angst. In ungefähr 5 Wochen werden die Prüfungsergebnisse vorliegen. Dann müssen die Kollegen, welche die Prüfung bestanden haben, ihre Zeugnisse einschicken und sich neu bewerben. Die Anilinkönige suchen sich dann die aus, die sie am besten weiterverwerten können. Wer öfters krank war, oder mal den Mund aufgemacht hat, der hat wenig Chancen, weiterbeschäftigt zu werden."

Die Empörung der Lehrlinge über die drohende Entlassung von rund 120 Lehrlingen ist groß. Sie war auf einer Jugendversammlung, die von fast tausend Jugendlichen besucht war, zu spüren und zeigte sich in einer Demonstration durch den Betrieb.

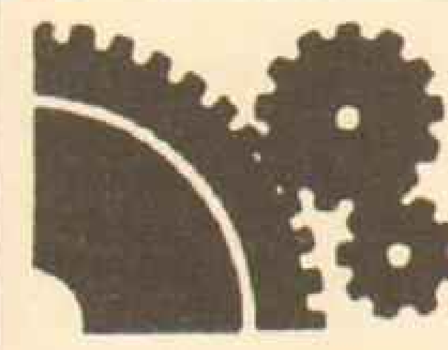
In dieser Situation versuchten die IG Chemie und die modernen Revisionisten mit allen Mitteln zu verhindern, daß der Kampf im Betrieb weitergeführt wird. Beide riefen zu einer Demonstration in der Innenstadt auf, zu der einige hundert Jugendliche und verschiedene Funktionäre der IG Chemie und aus dem Betriebsrat der BASF kamen. In den Reden auf der Schlußkundgebung wurde „radikal" auf die „erschreckend brutalen" Maßnahmen der BASF-Bosse geschimpft und gegen die „Unternehmerwillkür" gewettert, die über 100 Lehrlinge auf die Straße setzen will und für 10 000 BASF-Arbeiter Kurzarbeit beschließt. Aber Schweitzer von der IG Chemie und der Redner der Jugendvertretung dachten nicht daran, die Jugendlichen und mit ihnen gemeinsam die älteren Kollegen zum entschlossenen Kampf aufzurufen. Sie schwangen nur deshalb so große Töne gegen die „bösen" BASF-Kapitalisten, um den Eindruck zu erwecken, sie seien eine Ausnahme in der Bundesrepublik, gegen die man mit Hilfe von Recht und Gesetz vorgehen könne. So „drohte" die IG Chemie, sie würde alle Prüfungsergebnisse, die einen manipulierten Eindruck machten, nachprüfen lassen und versprach, man würde noch prüfen, ob man gegen die Aussperrung der Lehrlinge in der Zeit zwischen der Prüfung und der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses nicht juristisch vorgehen könne.

Welchen Zweck all diese Reden hatten, zeigt sich schon daran, daß mit keinem Wort darauf eingegangen wurde, wie der Kampf im Betrieb von den Lehrlingen und den älteren Kollegen zu führen sei. Es war der Betriebsratsvorsitzende von BASF Rudi Bauer, der den Zweck dieser ganzen Manöver auf einen kurzen Nenner brachte: "Der Betriebsrat ist daran interessiert, daß schnell wieder Ruhe bei der BASF einkehrt."

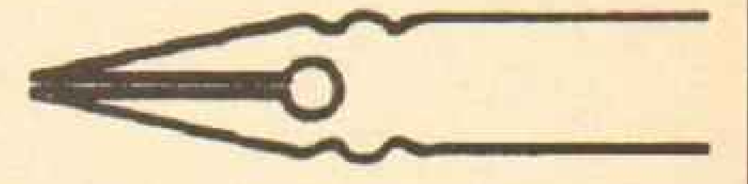
„Die Rote Fackel" schreibt dazu: ' Das heißt doch nichts anderes, als: ‚Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die BASF ungestört ihren Profit einstreichen kann; wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, müssen sie zur Ruhe gebracht werden."



Die ROTE GARDE bei BASF wird anhand der Tatsachen den Jugendlichen erklären, daß sie sich auf solche „Arbeiterführer" nicht verlassen können, weil das einzige Ergebnis der „Kampfmöglichkeiten", die sie vorschlagen sein wird, daß die BASF-Kapitalisten die Entlassung der Lehrlinge durchsetzen werden. Die einzige Möglichkeit das zu verhindern, ist der entschlossene Kampf im Betrieb in einer festen Front gegen die Kapitalisten wie auch den IG Chemie-Apparat und die modernen Revisionisten der D„K"P und der „S"DAJ.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Der "Sozialismus" der DDR-Reichsbahn

Die folgende Korrespondenz schickte uns ein Kollege aus Westberlin, der kürzlich bei der Reichsbahn entlassen worden ist. Die Reichsbahn, zu der in Westberlin auch die S-Bahn gehört, wird von der DDR geführt. In allen leitenden Posten sitzen „S"EW-Bonzen und selbst die Kollegen versucht man zu zwingen, in diese Westberliner Revisionistenpartei einzutreten.

Ich arbeite seit 2 1/2 Jahren bei der Reichbahn in Westberlin. 2 1/2 Jahre konnte ich meine Knochen hinhalten, jetzt, als ich krank wurde, habe ich einen Tritt bekommen. Bei meiner Entlassung hat man mir das Messer an den Hals gesetzt. Der Arzt sagte mir, „Sie können keine schwere Arbeit mehr machen, das ist für sie nicht länger tragbar". Als ich das der „Kaderleiterin" schilderte, sagte sie: „Dann kannst Du ja gehen". Sie machte keine Versuche, mich woanders einzusetzen. Vielmehr versuchte sie mit allen Mitteln, mich rauszusetzen: Entweder ich ginge freiwillig oder ich würde sofort entlassen. Das war eine gemeine Drohung. Da ich nicht auf Knien um meine Versetzung betteln wollte, ging ich freiwillig. Wäre ich bei denen jedoch in der Partei gewesen, hätten sie mich nicht rausgeschmissen.

Und das nennt man einen sozialistischen Betrieb. Ich frage mich bloß, wo da der Sozialismus ist. Das ist doch nur ein Tarnungswort für die, ein Deckname. Die Menschen werden für dumm verkauft. Es besteht kein Unterschied zum Kapitalismus. Sie benutzen nur andere Wörter für die Ausbeuterei. Man wird dort genauso ausgelaugt wie in anderen Betrieben hier. Ob ich von einem Meister angeschrien werde, oder von einem „Brigadier" der „S"EW ist nämlich das Gleiche.

Wir wurden ständig auf Trab gehalten mit der Drohung, daß wir Stundenabzug kriegen. Kommen wir mal eine Stunde zu spät, gibt es gleich zwei Stunden Abzug – das sind fast 13 DM für mich gewesen. Bin ich mal 10 Minuten zu spät gekommen, habe ich sofort eine Stunde Abzug bekommen, das sind 6 bis 7 DM. Wenn der Vorarbeiter meinte, man hätte unberechtigt eine Pause gemacht, kam er sofort an und sagte: „Willst Du einen Abzug haben?" Wer nicht schnell genug arbeitete, kriegte ebenfalls Abzug. Wenn die Reichsbahn nicht genug Profit bekam, das heißt, wenn sie meinten, daß wir nicht schnell genug für sie arbeiteten, wurde der Lohn gekürzt, indem Abzüge ausgesprochen wurden. Wenn ich zusammen mit vier anderen Kollegen beispielsweise einen Waggon Zement (300 Sack) nicht in einer Stunde schaffte auszuladen, wegzufahren und zu stapeln, gab es erneut Abzug. Immer stand ich unter Druck und wußte nie, kommt jemand, der mit Abzug droht, und ich wußte auch nicht, was ich am Schluß tatsächlich herausbekam. Ich konnte auch nicht kontrollieren, welche Abzüge nun tatsächlich durchgeführt waren.

Auch haben sie mich eingeladen auf Parteisitzungen der „S"EW Es war ekelhaft. Die Leute sitzen da rum, trinken Bier, rauchen. Einer quatscht nur. Keine Diskussion. Hinterher frage man jemand, doch der hat keine Ahnung. Dann kommen sie plötzlich mit drei Mann auf einen los und wollen einen totreden. Man darf nur das sagen, was die von einem hören wollen. Wenn die ja sagen, muß man auch ja sagen.

Besonders geärgert habe ich mich über folgenden Vorfall. Die im Büro samt Chef können sich herausnehmen, was sie wollen. Die hatten Vorrechte. Während wir arbeiten mußten, durften die im Büro während der Arbeitszeit den Kram liegen lassen und Kaffeeklatsch halten.

Die tranken Wein, Sekt, Kaffee und Bier – und wir mußten schinden und die Knochen hinhalten. Wir durften nie Pause machen. Diese, Unterschiede gab es trotz dem Gerede, daß alle gleich behandelt würden.

Die „Kader" bei denen dürfen um 10 oder 11 Uhr erst kommen. Die kriegen keinen Abzug. Die sind ja Parteimitglieder. Offiziell heißt es dann: „Ja, der Kollege ist dienstlich unterwegs". Aber ich habe sie gesehen, wenn sie dienstlich unterwegs waren! Sie saßen auf dem Bahnhof rum und machten Kaffeeklatsch. Einmal ist der Oberboss der Technischen Zeichner, natürlich Parteimitglied bei der „S"EW den ganzen Tag nicht zur Arbeit gekommen und war in Wirklichkeit in einer Badeanstalt. Als das die Kollegen hörten, waren sie alle empört. Wir mußten schuften und der ging sich amüsieren. Als das rauskam, verlor er natürlich nicht seine Arbeit, sondern er wurde nur an einen anderen Arbeitsplatz versetzt, alles bliebt beim Alten, er behielt seine Vorrechte und geht wahrscheinlich heute wieder baden.

Es ist gut, daß man das mal mitgemacht hat. Das hat zwar meine Knochen gekostet, aber das ist wertvoll für alle anderen: die anderen kriegen mit, wie die Sache läuft. Anders kommt man denen nicht auf die Schliche. Sonst können die ihre Täuschungsmanöver unaufgedeckt weitertreiben und die Leute weiter ausnützen. Man muß die Scheinheiligkeit der „S"EW aufdecken. Die sprechen nur durch die Blume. Wir aber müssen die Wahrheit sagen.

Wenig Geld, aber dafür Staub und Dreck

Von meinem bisherigen Arbeitsplatz bei Hoesch bin ich jetzt umgesetzt worden zur Sinteranlage des Hoesch-Werkes Union, wo das Erz zur Beschickung der Hochöfen aufbereitet wird. Diese Arbeitsplätze gehören zu den schlechtesten auf der ganzen Hütte. Wenig Geld, stattdessen nur Dreck und Staub. Oft müssen wir mit Staubmaske arbeiten.

Einige Tage nach meiner Umbesetzung wurde ein türkischer Kollege entlassen. Begründung: Arbeitsmangel. Der Kollege war nicht bei Hoesch selbst, sondern bei einem Subunternehmer – sprich Sklavenhalterfirma Celler – eingestellt, die ihre Arbeiter an Hoesch vermietet. Dazu muß man wissen, daß sich hinter dieser Firma auch die Hoesch-Kapitalisten verstecken. Wie zahlreiche seiner ausländischen Kollgen hatte er sich schon längst darum bemüht, von Hoesch übernommen und fest eingestellt zu werden, da er dann einen gesicherteren Arbeitsplatz hätte. Vier Jahre schon arbeitete der Kollege jetzt bei Hoesch an der Sinteranlage. Die Übernahme aber wurde ihm zweimal verweigert, da er vom Werksarzt wegen einer Bronchitis nicht „tauglich" geschrieben worden ist. So handeln die Hoesch-Kapitalisten mit der Gesundheit der Kollegen, wie mit einer Ware. Vier Jahre war der Kollege gesund genug, um mit seiner Bronchitis in dem ganzen Dreck und Staub zu arbeiten, vier Jahre lang durfte er seine Gesundheit ruinieren, aber um als Hoesch-Arbeiter übernommen zu werden, dazu ist er nicht gesund genug. Für den Kollegen bedeutet das, daß er jetzt wahrscheinlich arbeitslos wird, denn Celler entläßt laufend. Der Kollege hat vier Kinder. Noch nie haben sich Betriebsrat und Gewerkschaft auf Hoesch um diese Kollegen gekümmert. Im Gegenteil, ihnen ist es recht, daß diese Kollegen, die nicht direkt bei Hoesch angestellt sind, entlassen werden. Dann können sie wenigstens noch damit prahlen, daß bisher noch niemand entlassen worden sei bei Hoesch.

Revisionistisches

AKKORDSCHINDEREI IN DER DDR

Die UZ, die Zeitung der D„K"P wird nicht müde, von der Begeisterung zu schwärmen, mit der die Arbeiter in der DDR angeblich alles tun, um die Produktion des „sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates" zu erhöhen.

In Wirklichkeit steht hinter dieser angeblichen Begeisterung die Antreiberpeitsche des Normensystems in der DDR, das sich kaum vom Akkordsystem im kapitalistischen Westdeutschland unterscheidet. So berichtet ein Maurer aus der DDR, wie dort die Bezahlung des Arbeiters berechnet wird. Das Lohnsystem geht von einer Norm von 100% aus. Die Leistung von 100% ist aber so berechnet, daß sie den Arbeiter in eine schier unlösbare Zwickmühle bringt. Denn obwohl diese Ausgangsnorm unter normalen Bedingungen kaum zu erreichen ist, reicht der dafür berechnete Lohn nicht einmal aus, um das Existenzminimum einer Arbeiterfamilie zu decken.

So haben die Arbeiter zu verschiedenen Tricks gegriffen, um eine einigermaßen hohe Normzahl zu erreichen. Da werden statt 5m Schubkarren Weg 20 m aufgeschrieben; da wird eine Tür eben nur einmal gestrichen, obwohl zweimal vorgeschrieben sind; ebenso eine Decke nur einmal gegossen, obwohl auch da zweimal vorgeschrieben ist. Das geschieht nicht nur in der Kolonne, der der Kollege als Polier angehört, das ist die überall verbreitete „sozialistische Moral", die – glaubt man der UZ – angeblich die Arbeit in den Betrieben der DDR bestimmt.

Diese Tricks der Arbeiter in der DDR sind die Antwort auf die Ausbeutung durch die neue Bourgeoisie in der DDR. Und die Honecker & Co. können sicher sein, daß es nicht dabei bleiben wird. Die polnischen Werftarbeiter haben 1970 gezeigt, wie der Weg der Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern aussehen muß, um das Joch der neuen Bourgeoisie endgültig abzuschütteln.

KAPITALISTENLOB FÜR DIE REVISIONISTISCHE „K"PI

Auch in Italien stehen für die Metallarbeiter Tarifrunden vor der Tür. Während die D„K"P den westdeutschen Arbeitern vor allem nach den Wahlerfolgen der Revisionisten in Italien bei den letzten Wahlen, als ein Beispiel dafür preist, wie rosig sich der Kampf der Arbeiterklasse unter der Führung einer starken „kommunistischen Partei" entwikkelt, beweisen die Äußerungen italienischer Kapitalisten, daß genau das Gegenteil der Fall ist.

So haben die italienischen Kapitalisten der Metallindustrie bereits erfreut vernehmen können, daß die „K"PI sich diesmal für die Erhaltung der Arbeitsplätze „kämpfen" wird und nicht für höhere Löhne. Und Umberto Agnelli, einer der Chefs von Fiat, kann lobend feststellen:

„ . . . die KPI erklärt sich bereit, Profit, Effizienz und Produktionskosten als reale Faktoren anzuerkennen." Deutlicher läßt sich wohl kaum sagen, was hinter den Worten der revisionistischen Partei vom „Kampf für den Sozialismus" steckt: Der Kampf für die Erhaltung der Profite und der Herrschaft der Kapitalistenklasse.

AUSGERECHNET!

Der revisionistische Weltfriedensbund hat zu einer internationalen Konferenz gegen den Faschismus aufgerufen. Bei der Auswahl des Tagungslandes bewiesen die Sozialfaschisten sicheres Gespür: Indien. Deutlicher kann man die Maske des Antifaschisten kaum fallen lassen, als einen angeblich antifaschistischen Kongreß in ein Land zu legen, wo die faschistische Machtergreifung vor einigen Wochen erfolgt ist.

Oberlandesgericht Düsseldorf

Ermittlungen gegen die Mörder eingestellt

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat beschlossen, daß die Ermittlungen gegen die Polizeibeamten, die Genossen Günter bei der Arbeitsgerichtsverhandlung in Duisburg ermordet haben, endgültig einzustellen sind.

Das Gericht behauptet, aus dem vorliegenden Obduktionsbericht von Professor Adebar sei ein Kausalzusammenhang zwischen den Vorgängen im Arbeitsgericht und dem Tod von Günter Routhier nicht beweisbar, ergo seien auch weitere Ermittlungen wegen Mordes oder Todschlags überflüssig.

Es war allerdings nicht die Partei, die die Lüge in die Welt gesetzt hat, daß sich aus der Obduktion von Günter Routhier ableiten lasse, ob er von der Polizisten ermordet wurde oder eines natürlichen Todes gestorben ist. Das läßt sich aus keiner Obduktion beweisen, selbst wenn sie nicht unter solchen Umständen stattfindet, wie es in Essen der Fall war, wo erstmals Medizinstudenten von einer Obduktion ausgeschlossen und mit Polizeigewalt vertrieben wurden, wo der Ärztin des Vertrauens der Frau Routhier die Anwesenheit verwehrt und stattdessen dem Einsatzleiter bei der Arbeitsgerichtsverhandlung Fifer als „neutralem" Zeugen gestattet wurde. Beweisen läßt sich die Ermordung des Genossen Günter aber aus den Berichten der Augenzeugen bei der Arbeitsgerichtsverhandlung, aus seiner Krankengeschichte usw. Und mit Hilfe dieser – normalerweise auch bei der Polizei üblichen Ermittlungen – hat die Partei von Anfang an bewiesen, daß Genosse Günter das Opfer eines Mordanschlags der Polizei wurde.

Wer diesen Obduktionsbericht zum alles entscheidenden Beweismittel im Falle Günter Routhier machte, war die bürgerliche Klassenjustiz. Es ist bezeichnend und zeigt ihren Eifer bei der „Wahrheitssuche", daß sie, gestützt auf diesen Bericht, zunächst dem ROTEN MORGEN verbot, den Mord an Genossen Günter als Mord zu bezeichnen, weil es dem „gerichtsbekannten Obduktionsbericht widerspreche" und jetzt – kaum weniger offen – die Ermittlungen gegen die Mörder einstellt mit der Begründung, ein Mord lasse sich aus dem Obduktionsbericht nicht beweisen, während die Zeugenaussagen der Zuschauer mit keinem Wort erwähnt werden, während die Krankengeschichte ebenfalls nicht erwähnt wird und auch seit ihrer Beschlagnahmung vor der Obduktion überhaupt nirgendwo mehr aufgetaucht ist.

Aber sowohl das Oberlandesgericht und die bürgerliche Klassenjustiz sich nur auf den Obduktionsbericht stützen, weil er eben das einzige „Beweismittel" ist, das nicht klar auf den Mord hinweist, gerät sie doch selbst hier noch in Schwierigkeiten. Denn trotz verschiedener Versuche, den polizeilichen Ermittlungszielen entgegenzukommen, kam Professor Adebar nicht darum herum, festzustellen, daß die Blutungen im Gehirn des Genossen Günter 14 Tage vor seinem Tod eingesetzt haben – als am Tag der Arbeitsgerichtsverhandlung. Seit Jahr und Tag nun versucht die Bourgeoisie glaubhaft zu machen, daß es sich hierbei um einen reinen Zufall handelt.

Die Bourgeoisie hat zunächst damit argumentiert, daß man – wiederum nach dem Obduktionbericht – keinerlei Zeichen äußerer Gewalteinwirkung am Kopf von Günter Routhier habe feststellen können, inzwischen scheinen einige Mediziner den Gerichten nahegelegt zu haben, auf diesen bei einem Bluter völlig absurden „Beweis" zu verzichten, weil er eben zu offensichtlich zeigt, daß hier die Tatsachen entsprechend den polizeilichen Ermittlungszielen verdreht werden sollen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf erklärt deshalb, es treffe durchaus zu, daß ein Mensch an einer Gehirnblutung sterben könne, ohne das man Zeichen von Gewalteinwirkung feststellen könne. Allerdings gelte das nicht für an einer Bluterkrankheit leidende Menschen. Bei Blutern könnten solche Blutungen allerdings auch ohne jeden äußeren Anlaß vorkommen. Woraus sich für das Gericht zwingend ergibt, daß Genosse Günter, der ja Bluter ist, auch das Opfer einer solchen spontanen Blutung wurde.

Als zusätzlichen „Beweis" führt das Gericht an, daß sich bei Günter Routhier auch erst 5 oder 6 Tage nach der Arbeitsgerichtsverhandlung ernsthaftere Befunde bezüglich eines Krankheitsprozesses im Gehirn ergeben hätten, vorher habe Günter Routhier vor allem über Schmerzen in der Schulter geklagt, weshalb ebenfalls kein Zusammenhang zwischen der Arbeitsgerichtsverhandlung und dem Tode von Günter Routhier bestehen könne, vielmehr zu diesem Zeitpunkt eine weitere Blutung eingetreten sein müsse. Zur Absicherung dieser erneuten Konstruktion führt das Gericht eine Befragung der Ärzte, die Günter Routhier behandelt haben, an.

Nun, abgesehen, daß Dr. Fattaouh, der Günter Routhier im Polizeipräsidium „behandelte" sich als Zeuge für dieses Lügengebilde anbietet, weil er sich bereits seit geraumer Zeit aus Duisbrug abgesetzt hat und wahrscheinlich wieder in Ägypten ist, hat das Gericht mit den anderen Ärzten weniger Glück. Sowohl der Notarzt als auch der Hausarzt von Genossen Günter, haben nämlich noch vor Ablauf der 5 oder 6 Tage Mittel gegen die Folgen einer Gehirnerschütterung verordnet, was eine bei einer Schulterverletzung zumindest ungewöhnliche Behandlungsmethode ist.

Die Begründung des Oberlandesgerichts Düsseldorf zeigt so wie alle anderen Stellungsnahmen der Bourgeoisie zum Mord an Genossen Günter, daß ihre sämtlichen Konstruktionen zusammenbrechen, so bald man auch nur an einem Punkt die Tatsachen den Behauptungen der Staatsanwälte und Gerichte gegenüberstellt.

Aber die gemeinsame Verantwortung der Polizei und der Justiz am Mord an einem Kommunisten zeigt sich nicht nur an ihren vereinten Bemühungen, den Mord zu vertuschen, sondern vor allem daran, daß alle, auch jetzt das Oberlandesgericht in Düsseldorf, den heimtückischen Überfall der Polizei auf die Zuschauer im Arbeitsgerichtssaal in Duisburg für gerechtfertigt halten. So beruft sich auch das Oberlandesgericht Düsseldorf auf eine frühere Gerichtsentscheidung, die offen erklärte, das Vorgehen der Polizei war gerechtfertigt, weil Hanfried Brenner in einer Rede zur bewaffneten Revolution aufrief. Ja, dieses Gericht geht sogar noch weiter und erklärt, daß alle Zuschauer, auch Günter Routhier, „unrechtmäßig gehandelt" hätten, als sie sich dem Vorgehen der Polizei widersetzten.

So ist diese richterliche Entscheidung nicht nur nicht in der Lage , die Beweise für den Mord an Genossen Günter zu entkräften, sie liefert im Gegenteil einen weiteren Beweis dafür, daß die Bourgeoisie diesen Mord als das, was er ist, als einen politischen Mord, als einen Versuch, die Revolution in unserem Land zu verhindern, verteidigt.

"Tatsachen spielen hier keine Rolle"

Am 5. und 12. August hat in Dortmund ein weiterer Prozeß gegen den ROTEN MORGEN stattgefunden. Genossin Karin Wagner als ehemalige verantwortliche Redakteurin und Genosse Gernot Schubert als Verleger des ROTEN MORGEN standen vor dem bürgerlichen Klassengericht, weil der ROTE MORGEN in einem Extrablatt die Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Günter Routhier und über den faschistischen Polizeiüberfall auf den Trauerzug zu seinen Ehren enthüllt hatte.

Das Urteil: Die gesamte Auflage des Extrablattes soll eingezogen, Druckstökke bzw. Matrizen sollen vernichtet werden. Die Genossin Karin Wagner wird wegen „Beleidigung" zu 1800 DM, Genosse Gernot Schubert wegen Beihilfe zur Beleidigung zu 2500 DM Geldstrafe verurteilt. Das Urteil soll auf Kosten der beiden Genossen in der „Neuen Rheinzeitung" veröffentlicht werden.

Der Verlauf der Verhandlung hat klar gezeigt, daß für die bürgerliche Klassenjustiz eine Verurteilung der beiden Genossen schon von vornherein festgestanden hat. Jeder Zuschauer konnte sich mit eigenen Augen davon überzeugen, daß das Gericht keineswegs unabhängig ist oder über den Klassen steht; daß es für dieses Gericht nicht darauf ankommt, die Wahrheit herauszufinden, sondern, daß es im Gegenteil alle Anstrengungen macht, um die Erforschung der Wahrheit zu unterbinden, kurz, daß es die Aufgabe hat, als Organ des bürgerlichen Staatsapparates die Ausbeuterordnung der Bourgeoisie zu schützen und zu verteidigen.

Dies wurde schon sofort zu Beginn der Verhandlung klar. Es stellte sich heraus, daß der eigentlich zuständige Richter kurzfristig abgelöst worden war, offenbar deshalb, weil er in einem anderen Prozeß die Genossin Karin Wagner freigesprochen hatte und damit, wie der Staatsanwalt im Verlauf der Verhandlung offen feststellte, „von der allgemein herrschenden Rechtsauffassung abgewichen" war. Dieses Risiko wollte die Bourgeoisie nicht noch einmal eingehen und so wurde denn ein durch und durch diensteifriger Lakai zum Vorsitzenden ernannt, dessen Auftrag es war, die beiden Genossen zu verurteilen.

Es ist selbstverständlich, daß die bürgerliche Klassenjustiz alles tun muß, um zu vermeiden, daß die Tatsachen wirklich untersucht werden. Schließlich hat sie kein Interesse daran, die Mörder zu überführen, ihnen wird kein Haar gekrümmt, sondern ihre Aufgabe ist es, den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, zu verurteilen, einen Schlag gegen die kommunistische Presse zu führen und den Mord zu vertuschen. Außerdem zeigen die Tatsachen aber klipp und klar, daß Genosse Günther von der Polizei ermordet worden ist und daß die Polizei dem Trauerzug eine Falle gestellt hat, um ihn zu überfallen, um eine möglichst große Anzahl von Genossen und Freunden der Partei festnehmen und erkennungsdienstlich zu behandeln.

Um zu verhindern, daß alle diese Tatsachen, die durch zahlreiche Zeugen und Dokumente bewiesen werden können, im Verfahren auf den Tisch kommen, lautet die Anklage z. B. auf „Beleidigung" und dabei geht es, wie der Richter sagte, **„nicht um die Tatsachen, sie spielen keine Rolle."**

Dementsprechend lehnt er alle Beweisanträge der Genossen ab. Ja, er kann es noch nicht einmal wagen, den Gerichtsobduzenten Adebar, der den Auftrag hatte, „wissenschaftlich" zu beweisen, daß zwischen dem Tod des Genossen Günter und der Arbeitsgerichtsverhandlung keinerlei Zusammenhang besteht, vor Gericht erscheinen zu lassen. Zu brüchig ist dessen Obduktionsprotokoll, zu viele schwache Stellen sind darin enthalten und eine Vernehmung dieses Lakaien der Bourgeoisie könnte nur bestätigen, daß Genosse Günter Routhier von der Polizei ermordet worden ist. Erst recht lehnt der Richter natürlich die Einführung der Krankengeschichte des Genossen Günter in die Hauptverhandlung ab und bezeichnet sie als „unerheblich". Aber diese Krankengeschichte war seinerzeit von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden, gerade weil sie als bedeutsam angesehen wurde. Seit dieser Zeit allerdings ist sie verschwunden und noch in keinem der zahlreichen Prozesse wieder aufgetaucht. Offensichtlich ist das zur Vertuschung des Mordes an Genossen Günter unbedingt notwendig.

Es gelingt dem Richter aber nicht, die Wahrheit zu vertuschen und zu unterdrücken. Zwar kann er den Genossen mehrmals das Wort entziehen, die Genossin Karin für eine Stunde von der Verhandlung ausschließen und sie gleich anschließend mit einer Ordnungsstrafe von 300 DM belegen. Er kann ausrufen: „Hier gebe ich die Befehle!", aber natürlich nicht verhindern, daß die Tatsachen trotzdem auf den Tisch kommen.

In die Enge getrieben hat er deshalb mitten am 2. Verhandlungstag plötzlich beschlossen, das Obduktionsprotokoll von Adebar teilweise zu verlesen und damit zugegeben, daß die Tatsachen doch wohl eine Rolle spielen, auch wenn er mit der Verlesung des Protokolls beweisen wollte, daß der Tod des Genossen Günter und die Arbeitsgerichtsverhandlung nichts miteinander zu tun haben. **Durch eine einfache Frage wird er aber völlig aus der Fassung gebracht, nämlich, warum er bei der Verlesung nicht erwähnt hat, daß selbst Adebar den Beginn der Gehirnblutung mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit auf den Tag der Arbeitsgerichtsverhandlung datiert. Er muß**

Fortsetzung auf Seite 7

Vom Aufbau des Sozialismus

ERFOLGREICHES ERFÜLLEN DES 5-JAHR-PLANS

In diesem Jahr werden in Albanien die Arbeiten zur Erfüllung des 5-Jahr-Plans abgeschlossen. Eine der Aufgaben, die der Plan gestellt hatte, war, den Prozeß der sozialistischen Industrialisierung des Landes voranzutreiben, in dem die Industrie als führender Zweig der Volkswirtschaft betrachtet wird. Die erzielten Ergebnisse zeigen, daß die Werktätigen Albaniens große Erfolge erreicht haben.

Der Plan der industriellen Gesamtproduktion wurde in den ersten vier Jahren des laufenden Fünfjahrplans mit 101% und in der ersten Hälfte des laufenden Jahres mit 102% erfüllt. Zur Zeit kommen immer neue Industriebetriebe des Landes dazu, die den gesamten Fünfjahrplan vorfristig realisieren. Wichtige Erfolge sind in allen Zweigen der industriellen Produktion von Produktionsmitteln erreicht worden, die den technischen Fortschritt und die Basis für die Entwicklung der anderen Zweige der Volkswirtschaft gewährleisten.

Entsprechend dem von der Partei der Arbeit ausgearbeiteten Programms zur sozialistischen Industrialisierung entwikkelt sich die fördernde und verarbeitende Industrie in die Breite und Tiefe, wodurch sich die Struktur in der Industrieproduktion und in der gesamten Volkswirtschaft erheblich verändert und ihre Selbständigkeit auf der Basis der vollen Ausnutzung der einheimischen Rohstoffe und Brennstoffe und der Energiequellen des Landes sich verstärkt.

In Albanien werden jetzt große Werke der erzverarbeitenden und Erdölindustrie, der Elektroindustrie, der metallverarbeitenden und chemischen Industrie usw. gebaut.



Die allseitige Entwicklung der albanischen Industrie erfolgt unter der Bedingung der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung der Blockade. Das macht die errungenen Erfolge in Albanien noch bedeutender. Im Vergleich zu 1960, als die Chruschtschow-Revisionisten die Blockade gegen Albanien verhängten, um es in die Knie zu zwingen, war 1974 die industrielle Gesamtproduktion 3,7 mal größer und in der ersten 6 Monaten dieses Jahres erzeugten die Industriebetriebe Albaniens hunderttausende Tonnen Rohöl, Steinkohle, Eisennickel, Zement mehr als im ganzen Jahr 1960. Heute wird in nur 6 Monaten 4,5 mal so viel Elektroenergie wie im ganzen Jahr 1960 erzeugt. Viele Artikel, die früher importiert wurden wie Kunstdünger, kalzimierte Soda und Ätznatron, Kupfer, Papier usw. werden im Lande produziert und sogar auch ausgeführt.

Entsprechend der Richtlinie der PAA neben der Produktion von Produktionsmitteln auch die Produktion von Massenbedarfsmitteln zu entwickeln, werden jetzt in nur 6 Monaten 3 mal so viel Stoffe produziert wie 1960, 2,4 mal so viel Schuhe, 3,4 mal so viel Speisefett. Über 80% der Industrieartikel und der Konsumgüter, die auf dem albanischen Markt zu finden sind, werden im Land erzeugt.

Für die Entwicklung der albanischen Industrie nur ein Beispiel: Die Industrieproduktion der ersten 6 Monate dieses Jahres ist genauso groß wie die gesamte Industrieproduktion des 1. Funfjahresplans von 1951 bis 1955. „Die errungenen Erfolge auf dem Gebiet der Industriealisierung in Albanien", hat Genosse Enver Hoxha gesagt, „haben der aus der Vergangenheit ererbten jahrhundertelangen Rückständigkeit ein Ende bereitet. Das Industriepotential und zusammen damit die Arbeiterklasse und die technischen Kader bilden die Basis, damit die Industrialisierung des Landes auf ein neues, höheres Niveau gehoben werden kann. Die albanische Industrie wird sich in Zukunft noch stärker entwickeln. Es werden neue Betriebe und Zweige errichtet und es wird die Struktur der Industrieproduktion weiter verbessert werden, wobei die Schwerindustrie den Vorrang hat, ohne daß die Leichtindustrie und die Nahrungsmittelindustrie vernachlässigt werden mit dem Ziel, die Naturschätze besser und rationeller auszubeuten."

Nieder mit dem Lügengebäude von "Frieden und Entspannung"!

Marxistisch-Leninistische Parteien Westeuropas zur "KSZE"

Die Unsicherheitskonferenz, die von den beiden Supermächten nach dreijährigen Verhandlungen in Helsinki mit großem Friedenslärm beendet wurde, hat die Völker der Welt nicht darüber hinwegtäuschen können, daß statt „Frieden und Sicherheit" in Wahrheit die Gefahr eines dritten Weltkrieges wächst, die hauptsächlich ausgeht von den beiden um Weltherrschaft rivalisierenden Supermächten, dem USA-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus.

An vorderster Front haben die beiden wahrhaft sozialistischen Länder, die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien, von Anfang an den wahren Charakter der sogenannten „KSZE" enthüllt und die Konferenz als Diktat der beiden rivalisierenden Supermächte entlarvt. Bereits in den letzten beiden Ausgaben des ROTEN MORGEN druckten wir Stellungnahmen der Zeitung „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, und eines Korrespondenten der Nachrichtenangentur „Neues China" (Hsinhua) ab.

Wie stark die Geschlossenheit der Völker im Kampf gegen die beiden Supermächte gewachsen ist, das zeigt auch die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas, die seit Beginn der „KSZE" die verlogene Friedenspropaganda der beiden Supermächte und vor allem der modernen Revisionisten schonungslos bekämpft haben. Im folgenden drucken wir Auszüge aus verschiedenen Artikeln der Zentralorgane der marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas ab, die diese Einheit im Kampf gegen die „KSZE"-Lügen und ihre Urheber, die beiden imperialistischen Supermächte dokumentieren.



Unter dem Titel „Entspannung – eine Falle für die Dummköpfe" veröffentlicht die Zeitung Clarté, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten einen Artikel über die Unsicherheitskonferenz in Helsinki. In dem Artikel heißt es:

„. . . Das Treffen fand statt unter dem Zeichen der „Entspannung" – in einem Augenblick, wo die beiden Supermächte sich gegenüberstehen und ihre Bewaffnung auf ein nie gekanntes Niveau bringen. Es ist gewiß nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß rund um den Erdball sich endlos Dutzende von Spionagesatelliten bewegen, solche des Super-CIA und des Super-KGB, die darüber Aufschlüsse über die verschiedenen Länder beziehen (. . .)

Die Konferenz fand statt unter zwei Hauptgesichtspunkten:
– Offiziell die Einflußsphären der beiden Supermächte festzulegen,
– Ein falsches Gefühl der Sicherheit zu erwecken, während die USA und die UdSSR ihre Manöver und ihre Aggression fortsetzen.

Aber die Einflußsphären sind nicht stabil, aus vielerlei Gründen, die alle zurückzuführen sind auf den Niedergang des amerikanischen Imperialismus und die Aggressivität des russischen Sozialimperialismus. (. . .) Was das Gefühl der Sicherheit anbetrifft, so ist es absolut trügerisch. Die amerikanischen Imperialisten haben noch immer den Sitz der Nato in Europa (und zwar in Belgien). Sie haben Militärstützpunkte in vielen Ländern, einschließlich dem unseren. Das ist durchaus keine friedliche Aussicht. (. . .)

Was die Sozialimperialisten betrifft, so haben sie drei Viertel ihrer Armee in Europa, ihre Truppen in den osteuropäischen Ländern, die sie besetzt halten, um über eine Million erhöht. (. . .) Diese Konferenz war keineswegs „idyllisch", wie ihre Fürsprecher hofften. Wohlgemerkt, das sozialistische Albanien, das eine prinzipienfeste Außenpolitik verfolgt, hat an einer solchen Komödie nicht teilgenommen."



In der Tageszeitung der Kommunisten/Marxisten-Leninisten Frankreichs, „L' Humanite Rouge", heißt es unter dem Titel „Weder Sicherheit noch Zusammenarbeit" zur „KSZE":

„Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist nur eine besondere Form des Kampfes, in dem sich die beiden Supermächte um die Vorherrschaft in Europa gegenüberstehen. Während der drei Jahre, die die Konferenz gedauert hat, ist ihre Rivalität noch gewachsen, die militärische Präsenz der Sowjetunion in Europa ist erschreckend gestiegen, ihre wirtschaftliche und vor allem politische Infiltration in Westeuropa hat sich gesteigert. Das ist die Wahrheit, die Breschnew vertuschen will, wenn er zur Abhaltung des „Gipfeltreffens" drängt. Glauben machen, daß Europa endgültig den „Frieden" erreicht habe, während der Sozialimperialismus aktiv den Krieg vorbereitet, die Wachsamkeit der europäischen Völker einschläfern, seine wirtschaftliche und politische Infiltration im Namen der „Zusammenarbeit" erleichtern, das sind die Gründe, warum der Sozialimperialismus die Hauptgefahr in Europa bildet. Das sind die Gründe, warum das „Gipfeltreffen" Europa weder „Zusammenarbeit" noch „Sicherheit" sichert. (. . .)

Abschließend heißt es in „L' Humanite Rouge: „Soviel Breschnew auch lobt und die revisionistischen Führer Europas den Pomp der Entspannung in Helsinki feiern, in Wirklichkeit ist es heute mehr denn je an der Zeit, gegen die beiden Supermächte wachsam zu sein und zu kämpfen, vor allem gegen den sowjetischen Sozialimperialismus."



Die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten schreibt in ihrem Zentralorgan „Nuova Unita" unter der Überschrift „Der Wettstreit der beiden Supermächte um die Hegemonie in Europa" zur „KSZE":

„Diese Konferenz ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie Breschnew versucht, Westeuropa und das Mittelmeer unter die Herrschaft der neuen Zaren im Kreml zu bringen, wie die USA und die UdSSR versuchen, unseren Kontinent zu einer Einflußzone zu machen, in der sie einen neuen imperialistischen Krieg führen können. (. . .)

Um welche Sicherheit handelt es sich denn und für wen ist sie da? Es ist die Sicherheit, um Befehle zu erteilen, die Völker noch mehr zu unterdrücken und sie als Kanonenfutter zu benutzen; es ist die Sicherheit, jegliche Freiheit und Sicherheit im Keim zu ersticken. Es ist die Sicherheit, sich Raum und Vorteile zu verschaffen, mit dem Ziel eines neuen imperialistischen Krieges.

Die Völker Europas müssen gewarnt werden. Die Konferenz in Helsinki ist kein diplomatisches Theater, das man sich ansehen kann, ohne etwas zu unternehmen und ohne sich zu widersetzen. Es wird in Europa so lange keine Sicherheit geben, wie die beiden Supermächte ihre Finger in Europa haben, wie ihre Truppen und Kriegsschiffe in Europa und im Mittelmeer sind. Es wird solange keine Sicherheit geben, bis die beiden Blöcke, die Nato und der Warschauer Pakt aufgelöst werden. Es wird keine Sicherheit in Europa geben, ohne einen von Grund auf gegen die Hegemonie der USA und der UdSSR gerichteten bewaffneten Kampf."



In der Zeitung „De Kommunist" Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande, heißt es über das wirkliche Verhältnis der beiden Supermächte zueinander:

„Auf der politischen und militärischen Weltszene unserer Tage sind die zwei Supermächte erschienen, die imperialistischen Vereinigten Staaten und die sozialimperialistische Sowjetunion. Auf der einen Seite konspirieren sie gegen ihre eigenen und andere Völker, versuchen sie, sich als „Weltpolizist" aufzuspielen und teilen die Welt in Einflußgebiete unter sich auf. Auf der anderen Seite ist einer des anderen todfeindlicher Rivale. (. . .)

Was sind die wirklichen Absichten der beiden Supermächte mit ihren Konferenzen über „Truppenreduzierung" und „Sicherheit" in Europa? Es ist klar, daß auf beiden Seiten, unberührt von allem Gerede, die Aufrüstung weiter anwächst. Beide Seiten versuchen durch diplomatische und politische Manöver die andere Partei in eine relativ schwache und ungünstige Situation zu bringen. (. . .)

Als Verschwörer und Rivalen, als Feinde des Sozialismus, als Ausbeuter ihrer eigenen Völker und Aggressoren gegen andere Länder sind die amerikanischen Kapitalisten und die Sowjetrevisionisten zwei Supermächte mit dem gleichen heimtückischen Charakter. (. . .) So ist die Welt durch die beiden Supermächte bedroht, aber unter den gegenwärtigen Umständen ist die Sowjetunion die gefährlichere von beiden, im Kampf gegen die alle Kräfte vereinigt werden müssen, die zu diesem Zweck vereinigt werden können."

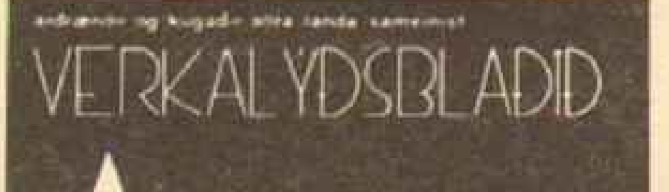
Auf ihrer ersten gemeinsamen Konferenz im Januar 1975 verabschiedeten die nordischen Marxisten-Leninisten eine gemeinsame Erklärung über die Internationale Lage in Bezug auf die nordischen Länder. An der Konferenz nahmen folgende marxistisch-leninistische Parteien und Partei-Aufbauorganisationen teil: Kommunistische Liga Dänemarks Marxisten-Leninisten, Oyggjaframi (M-L) der Faröer Inseln, die Marxistisch-leninistischen Gruppen Finnlands, die Kommunistische Liga der Einheit (Island), die Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Schwedens. In der gemeinsamen Erklärung heißt es unter anderen:











Die Lage in Europa und in der Welt entwickelt sich sehr rasch. Die Geschichte hat Imperialismus und Kapitalismus zum Untergang verurteilt, und die Völker der Welt haben sich entschlossen, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Aber die Supermächte bereiten weiter einen Krieg gegen die Völker und gegeneinander vor. Beide Supermächte rüsten in Europa auf. Die Fakten zeigen, daß die nordischen Länder keineswegs eine friedliche Ecke in Europa sind. (. . .)

Als imperialistische Supermächte haben die USA und die Sowjetunion in bestimmtem Rahmen gemeinsame Interessen. Beide Supermächte vertreten die Theorie, daß andere Nationen nur „begrenzte Souveränität" gegenüber den selbsternannten Weltpolizisten haben. Aber genau weil sie imperialistische Mächte sind, ist der Kampf zwischen ihnen das Grundlegende. Ihre Zusammenarbeit ist nur vorübergehend und bedingt und bildet einen Teil des Spiels, das jede der Supermächte spielt, um ihre Position gegenüber der anderen zu verbessern. Der Kampf zwischen den Supermächten um Märkte, Rohstoffe und Einfluß wird mehr und mehr stärker, und früher oder später kann er zu einem imperialistischen Krieg um Neuaufteilung zwischen den Supermächten oder gegen andere Länder kommen. Keine anderen Staaten haben annähernd so viele Angriffswaffen wie die beiden Supermächte, und sie besitzen Militärstützpunkte und Kriegsschiffe in der ganzen Welt. Es ist gut möglich, daß die Supermächte einen dritten Weltkrieg vom Zaun brechen. Es ist möglich, ihn zu verhindern, aber nur durch den gemeinsamen Kampf aller Völker gegen die beiden Supermächte. (. . .)

Im Falle eines neuen Weltkrieges werden sie zweifellos unsere Länder in ein Schlachtfeld verwandeln. Es gibt kein Land der Welt, das nicht von den Supermächten bedroht ist. (. . .) Deshalb haben die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung und der Unterdrückten in allen Ländern der ganzen Welt ein gemeinsames Interesse daran, diese beiden wichtigsten imperialistischen Mächte zu bekämpfen, mit der langfristigen Perspektive, daß der Kampf solange weitergehen muß, bis das imperialistische Weltsystem für immer beseitigt ist."



Die Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten veröffentlichte in ihrer April-Ausgabe dieses Jahres einen Artikel in ihrem Zentralorgan „Oktober" über „Die sozialimperialistische Gefahr in Europa". In dem Artikel heißt es unter anderem:

„Sind die zwei Supermächte sich einig darin, die Völker auszubeuten und zu unterdrücken, so ringen sie immer erbitterter um die Herrschaft in der Welt. Europa mit den Mittelmeerländern und dem Nahen Osten ist das Zentrum der Rivalität zwischen USA und UdSSR. Die Ereignisse der letzten Jahre haben das klar gezeigt. (. . .)

Schon zweimal haben die Imperialisten die Neuaufteilung der Welt vorbereitet, da sich neue Machtverhältnisse entwickelt hatten; das erste mal vor dem ersten Weltkrieg, das zweite Mal vor dem Zweiten Weltkrieg. Heute will die UdSSR einen Teil der Welt an sich reißen, wie es ihrer imperialistischen Stärke entspreche, sie rüstet sich für einen dritten Weltkrieg.

Die Schweiz ist keine vom Sturm geschützte Insel. Im Gegenteil, Proletariat und Volk der Schweiz müssen sich entschlossen in die Front der Völker und Länder im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus einreihen. (. . .)"



In einer gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der KPD/ML heißt es:

„Die Kollaboration und gleichzeitig wilde Rivalität der beiden Supermächte stellt eine ernsthafte Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker dar, besonders für die Völker Europas, des mittleren Orients und Südostasiens (. . .)

Die Position der KPSp/ML", heißt es in der Erklärung, „gegenüber der Gefahr eines vom Yankee-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus entfesselten neuen Weltkrieges ist klar und bekannt: Es geht darum, die Volksmassen und alle antiimperialistischen Kräfte zu mobilisieren und einen Kräfte zu mobilisieren und einen solchen Krieg zu verhindern. Sollte er dennoch ausbrechen, dann ist der zwischenimperialistische Krieg in einen revolutionären Krieg gegen die beiden Supermächte zu verwandeln. Sollte eine der beiden Supermächte eine Aggression begehen, tritt die KPSp/ML dafür ein, ihr mittels des bewaffneten revolutionären Kampfes den Krieg für die nationale Unabhängigkeit entgegenzusetzen."



„The Worker", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten, veröffentlichte vor einiger Zeit einen Artikel, in dem die Friedensdemagogie der beiden Supermächte entlarvt wird. Dort heißt es:

„Von ‚Frieden' zu reden, ist ein vitales Interesse ihrer Propaganda, doch die Rivalität zwischen ihnen ist unvermeidlich. Das ist ein imperialistischer Widerspruch.

Zudem besteht die ständige Gefahr eines dritten Weltkrieges zwischen den beiden Supermächten, besonders dann, wenn die sich ändernde Weltlage und die Vertiefung der kapitalistischen Krise ihre Positionen hoffnungslos macht. Es wäre unverantwortlich für jeden wahren Sozialisten, diese Gefahr zu beschönigen und bei der Entlarvung von Illusionen nachzulassen, die die Russen und Amerikaner verbreiten, nämlich, daß sie für ‚Frieden' seien."

Angela Davis

Verrat am Kampf der Neger in den USA

Vor einigen Wochen erschien in deutscher Sprache die Autobiographie von Angela Davis. Angela Davis wurde 1970 das Opfer eines faschistischen, rassistischen Komplotts der US-Polizei. Ein Gewehr, mit dem Jonathan Jackson bei dem Versuch, seinen Bruder zu befreien, geschossen hatte, war auf ihren Namen registriert. Deshalb wurde Angela Davis wegen „Mord, Kidnapping und Verschwörung" angeklagt. In den folgenden zwei Jahren erfaßte die Solidaritätsbewegung mit Angela Davis Hunderttausende auf der ganzen Welt.

Die Massenbewegung, deren Brennpunkt einige Zeit Angela Davis war, trug viel dazu bei, die Tatsache der brutalen rassistischen Unterdrückung der Neger in den USA, des faschistischen Terrors gegen politische Gefangene in den US-Gefängnissen und der Morde an schwarzen Befreiungskämpfern durch die US-Polizei bei uns bekannt zu machen. Es ist sicher nicht übertrieben zu sagen, daß für viele Menschen Angela Davis zu einem Symbol der Freiheitskampfes der Schwarzen in den USA geworden ist. Gerade deshalb werden sich viele Menschen für dieses Buch interessieren, weil sie meinen, es sei von einer Führerin der Schwarzen der USA geschrieben worden. **In Wirklichkeit aber beweist dieses Buch erneut, daß Angela Davis keine revolutionäre Führerin, sondern eine führende Verräterin der Neger in den USA ist.**

Hinter der militanten Pose, der romantischen Schwärmerei und dem „schönen Afro-look" von Angela Davis verbirgt sich niemand anderes als die revisionistische „Kommunistische" Partei der USA, zu deren führenden Leuten Angela Davis gehört. Die „K"PUSA aber hat nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse der USA für die sozialistische Revolution von Grund auf verraten, sie bekämpft auch auf der Grundlage des übelsten Chauvinismus den Freiheitskampf der Schwarzen, ihre Forderung nach Selbstbestimmung. Wie die US-Monopolbourgeoisie selbst, erklärt auch ihre revisionistische Agentur, die Schwarzen hätten sich längst für die „Integration" entschieden und rechtfertigen mit dieser Lüge die tatsächliche rassistische Unterdrückung der Neger. Der mutige revolutionäre Kampf der Schwarzen in den Ghettos schlägt diesen revisionistischen Lügen ins Gesicht und die modernen Revisionisten der USA fördern darum „karitative" Maßnahmen zur „Linderung" der Armut, um die Ghetto-Rebellionen „abzukühlen". Genau das ist auch die Politik der Washingtoner Regierung mit ihrem „Programm gegen die Armut". **Die ganze Politik der „K"PUSA ist darauf gerichtet, die Flammen des Freiheitskampfes des afro-amerikanischen Volkes auszutreten, die Neger zum Stimmvieh der Demokratischen Partei zu machen, sie an Parlamentarismus und Kapitalismus zu ketten.**

Wir können nur auf wenige Beispiele eingehen, um zu zeigen, daß Angela Davis diese Politik der Revisionisten nicht nur voll und ganz unterstützt, sondern sogar eine der schärfsten Waffen der „K"PUSA gegen die Schwarzen ist. So muß als erstes mit der Legende aufgeräumt werden, Angela Davis habe an bedeutender Stelle am Kampf der Schwarzen teilgenommen. Sie selbst beteuert in ihrem Buch mehrmals heuchlerisch, daß sie leider durch ihre Studien (u. a. in Frankfurt) verhindert gewesen sei. Allerdings hat sie auch ihre Studien benutzt, um dem Kampf der Schwarzen zu schaden. So berichtet sie über eine Konferenz mit dem Thema „Dialektik der Befreiung", an der sie 1967 in London teilgenommen hat. Dort sprachen u. a. Herbert Marcuse und Stokeley Carmicheal. Marcuse ist als Feind des Marxismus-Leninismus und als Prophet Freudscher Theorien bekannt. Stokeley Carmichael dagegen wies dem afro-amerikanischen Volk den Weg des revolutionären Kampfes, wobei er allerdings nicht vom Marxismus-Leninismus und von der führenden Rolle der Arbeiterklasse ausging. Wie verhält sich hier Angela Davis? Erklärt sie sich solidarisch mit einem der revolutionären Führer der militanten Schwarzen? – Im Gegenteil: Sie überhäuft den konterrevolutionären Ideologen Marcuse mit Lob, während sie die Fehler Stokeley Carmichaels zur Hauptseite macht. Die Davis häuft eine Unmenge Kritik auf die Black Panther Partei und andere Führer des Kampfes der Schwarzen, die obwohl sie nicht marxistisch-leninistisch waren, in dieser Zeit (1967/68) eine sehr fortschrittliche Rolle gespielt haben, wobei sie sicherlich schwerwiegende und zahlreiche Fehler begangen haben. Aber das wirkliche Verbrechen haben die Davis und ihre revisionistische Partei begangen, die demagogisch von der führenden Rolle der Arbeiterklasse sprachen, in Wirklichkeit aber den Chauvinismus schürten und den revolutionären Kampf der Schwarzen verurteilten und unterdrückten. Dem Haß der Davis gegen die militanten Führer der Schwarzen entspricht übrigens ihre Begeisterung für schwarze Politiker der bürgerlichen Demokratischen Partei, deren „Unterstützung" angeblich viel zum Kampf beiträgt.

Daß die Davis in keiner Weise vom Denken und Fühlen der schwarzen Massen in den USA ausgeht, wird an Sätzen wie folgendem deutlich: „Manchmal hatte ich den Wunsch, mich in mein Auto zu setzen und aus reiner Frustration ... nach Logan Heights zu fahren, wo die größte Konzentration von schwarzen Menschen lebt, ziellos, tagträumerisch herumzufahren, auf der Suche nach einem Weg, um der fürchterlichen Isolation zu entrinnen." Der schwarze Star der US-Revisionisten setzt sich in sein Auto, um einmal Ghetto-Luft zu schnuppern. Hier dokumentiert sich nicht nur ihre vollständige Isolation von den Massen, hier zeigt sich vor allem ihre bodenlose Verachtung der Massen, die für den Star nur als „Milieu" interessant sind.

Ein besonders dunkler Punkt ist das Verhalten von Angela Davis gegenüber ihrem Mitangeklagten Ruchell Magee. Obwohl die Davis behauptet, es hätte nie einen Streit zwischen ihr und Magee gegeben, wird aus dem Buch wie aus den bekannten Fakten die Vermutung bestätigt, daß die Davis und ihre Anwälte Magee zwangen, aus der gemeinsamen Verteidigung auszuscheiden. Die Revisionisten propagierten die Losung „Befreit Angela, unsere schöne Schwester", ohne Magee auch nur mit einem einzigen Wort zu erwähnen. Für die demagogische Show brauchte man nur den schönen Star, der schwarze Arbeiter wanderte zu lebenslanger Haft verurteilt in den Knast. **Die Davis findet kein Wort der Rechtfertigung für die Tatsache, daß sie niemals auch nur einen Finger gerührt hat für die Freiheit von Ruchell Magee.** Dabei haben viele schwarze und weiße Kämpfer sie seit ihrem Freispruch deshalb angegriffen. Viele Menschen glaubten nach dem Freispruch, die Davis würde nun alle Kraft für Magee einsetzen. Stattdessen flog sie als erstes in die Sowjetunion und in andere revisionistische Länder Osteuropas, um sich dort feiern zu lassen und zu erklären, daß die modernen Revisionisten die Führer des Befreiungskampfes der Schwarzen seien. Ihr Buch selbst beweist, daß das eine Lüge ist.

EAP

Eine Bande von Provokateuren und Agenten

„Verjagt die maoistischen Polizeispitzel! Treibt die Maoisten ist den Jang-tse-kiang! Schmeißt die Maoisten aus eurem Betrieb raus!" – Flugblätter mit diesen oder ähnlichen faschistischen Losungen werden immer häufiger von der Organisation von Provokateuren verteilt, die als „Europäische Arbeiterpartei" oder auch als „Europäische Arbeiterfraktion" auftritt. Zweifellos ist der Terror gegen die Marxisten-Leninisten und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung der eigentliche Sinn und Zweck dieser Bande.

Einerseits ist es natürlich so, daß diese Provokateure allein durch ihr Auftreten als „Kommunisten", durch ihre Berufung auf den Marxismus usw. Verwirrung stiften und Schaden anrichten. Sie wollen die Arbeiter bewußt abstoßen und provozieren. So beschimpfen sie die Kollegen vor den Werkstoren als Spinner, Idioten, Dummköpfe usw. Gemäß der „Theorie" ihres Propheten La Rouche alias Lyn Marcus haben die Arbeiter nämlich „mittelaltertümliches" Bewußtsein und sind darum eigentlich reaktionär, wenn sie nicht seine Lehre annehmen. Abgesehen von ihrem provokatorischen Auftreten gegenüber den Kollegen wirkt vor allem die Absurdität der von dieser Bande auf Flugblättern verbreiteten Stellungsnahmen provozierend: demnach ist das entscheidende am Sozialismus die Kernfusion, Rockefeller im Begriff eine faschistische Weltdiktatur zu errichten, am 30. Juni hätte Rockefeller laut EAP einen Weltkrieg vom Zaun brechen sollen, Kissinger ist in die Führung des „Schwarzen September" verwickelt usw. Der ganze Schwachsinn ist offensichtlich nicht darauf angelegt, ernstgenommen zu werden. **Ernstzunehmen ist die politische Propaganda dieser Bande nur dort, wo sie sich selbst zum Anhängsel und Sprachrohr der modernen Revisionisten machen:** die Sowjetunion wird als führender Arbeiterstaat und Garant des Weltfriedens propagiert. Die VR China wird als faschistisch und kriegstreiberisch bekämpft. Bis hin zu einzelnen Losungen übernehmen die EAP-Provokateure die Losungen der modernen Revisionisten (z. B.: ökonomische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion sichert Arbeitsplätze). **Durch diese Anbiederung will die EAP erreichen, daß die modernen Revisionisten mit ihr gemeinsam Terror gegen die Marxisten-Leninisten und die revolutionäre Bewegung ausübt.** In diesem Sinn hat die EAP jetzt die modernen Revisionisten und die „linken" Sozialdmokraten Europas zu gemeinsamen Kampfkomitees gegen die „Maoisten" aufgerufen. Sie sind zynisch genug für diese geplanten faschistschen Mord- und Terrorkommandos den Namen „antifaschistische Veteidigungskomitees" zu mißbrauchen. Daß hier die EAP-Bande und die Sozialfaschisten gemeinsam den Geist der SS-Mordkommandos wieder aufleben lassen wollen, wird schon an der Sprache dieser Leute klar: „maoistische Brut", „maoistisches Ungeziefer" – das erinnert an Hitlers Endlösungsvokabular.

Zur besseren Einschätzung der EAP ist es notwendig zu wissen, daß sie Teil einer internationalen Agentenorganisation ist, die ihre Hauptkraft in den USA hat, wo sie als US Labour Party auftritt. In Westeuropa ist sie in Westdeutschland am stärksten und ihr westeuropäisches Hauptquartier ist in Wiesbaden. Diese sogenannten „internationalen Arbeiterfraktionen" wurden 1968 von einem gewissen La Rouche alias Lyn Marcus gegründet, der zu diesem Zeitpunkt auf beachtliche konterrevolutionäre Tätigkeit zurückblickte. So weit uns bekannt ist, trat er erstmals 1946 politisch in Erscheinung. Damals war er in Indien und hatte Kontakt zur Kommunistischen Partei Indiens. Er versuchte, eine Kampagne gegen die KP Indiens zu entfesseln, indem er sie wegen ihrer angeblichen „Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion" angriff. Folgerichtig trat er 1949, in die USA zurückgekehrt, in die trotzkistische Sozialistische Arbeiterpartei (SWP) ein. In dieser Zeit legte er sich den Decknamen Lyn Marcus zu. Beruflich wurde er Börsenmakler und über seine offensichtlich ausgezeichneten Beziehungen zum Finanzkapital wird noch zu sprechen sein. Innerhalb der SWP stieg er auf und veröffentlichte Anfang der 60iger Jahre Artikel im theoretischen Organ der Trotzkisten, 1963 aber kam es plötzlich zum Bruch mit der SWP-Führung!, während der Kontakt zum Brüsseler Büro der 4. Internationale nach wie vor erhalten blieb. Mit Beginn der Studentenrevolte in den USA tauchte La Rouche im amerikanischen SDS auf, wo er auf der Grundlage seiner aus Trotzkismus, Psychologismus und Vulgärökonomie gemixten Sektenideologie die erste „Arbeiterfraktion" aus Studenten gründete. Gleichzeitig schlich er sich in die aus dem SDS hervorgegangene Progressive Labor Party (PLP) ein. Die PLP begann als fortschrittliche Organisation und schien sogar die Möglichkeit der Entwicklung zu einer marxistisch-leninistischen Partei in sich zu bergen. Dann aber geriet die PLP völlig auf trotzkistischen Kurs und versuchte nicht nur in den USA, sondern weltweit die marxistisch-leninistischen Organisationen gegen die VR China aufzubringen und in allen Grundfragen von den trotzkistischen Positionen zu überzeugen. Welchen Anteil La Rouche an dieser Entwicklung hatte, ist unklar. Während La Rouche sich seit seinem Austritt aus der SWP stets als „wahren Trotzkisten propagierte, hörte er nun auf, sich Trotzkist zu nennen und lehnte 1970/71 in einem Briefwechsel mit dem Brüsseler Trotzkisten-Sekretariat den Anschluß der sogenannten Arbeiterfraktionen an die 4. Internationale ab. Wie alle „Internationalen Arbeiterfraktionen" vergöttert auch die EAP La Rouche heute als ihren alleinigen Propheten.

Nicht was die Zahl ihrer Anhänger, sehr wohl aber was den Aufbau ihres Apparates angeht, konnte La Rouche die „Arbeiterfraktionen" in den USA, in Westeuropa und in einigen anderen Ländern schnell aufbauen. Nach eigenen Angaben verbraucht der Apparat im Jahr über 1 Million US-Dollar. Die wirkliche Zahl dürfte weit höher liegen. Da stellt sich natürlich die Frage der Geldquellen. **Tatsache ist, daß die US Labour Party einen Kredit von der Chase Manhattan Bank in New York über 548 000 Dollar erhalten hat, obwohl sie nur Sicherheiten im Wert von knapp 16 000 Dollar stellen konnte.** Wirklich großzügig, wie die Chase Manhattan Bank dieser „neuen kommunistischen Internationale" unter die Arme greift. Und wer ist der Besitzer der Chase Manhattan Bank? – Kein anderer als Rockefeller – eben jener Rockefeller, den die „Internationalen Arbeiterfraktionen" angeblich als Hauptfeind bekämpfen.

Das Wiesbadener Hauptquartier der EAP umfaßt rund 60 hauptberufliche Mitarbeiter. **Damit dürften auf 5-6 EAP-Mitglieder in Westdeutschland je ein Profi kommen.** Das erhellt den Charakter der EAP als Agentenorganisation. Damit erklärt sich auch, wieso die Provokateur-Trupps der EAP wochenlang an Orten agieren, um dann an ganz anderen Orten wieder aufzutauchen: Es sind bezahlte Konterrevolutionäre.

Aus den USA ist bekannt, daß diese Bande von Provokateuren Mordanschläge und Überfälle gegen Marxisten-Leninisten zu ihrem Geschäft gemacht hat, daß sie zum Streikbruch aufruft und eng mit dem Staatsapparat zusammenarbeitet. Aufschlußreich sind zwei Telegramme, die versehentlich der Zeitung „Ritter Newspaper" in Menneapolis zugestellt wurden. **In den einen wird einer ULP-Gruppe in Milwaukee befohlen, den Polizeichef von Milwaukee zu informieren. Das andere Telegramm gibt der ULP-Gruppe in Detroit Anweisung, zur dortigen Organisation der rechtsradikalen Amerikanischen Unabhängigkeitspartei Kontakt aufzunehmen.**

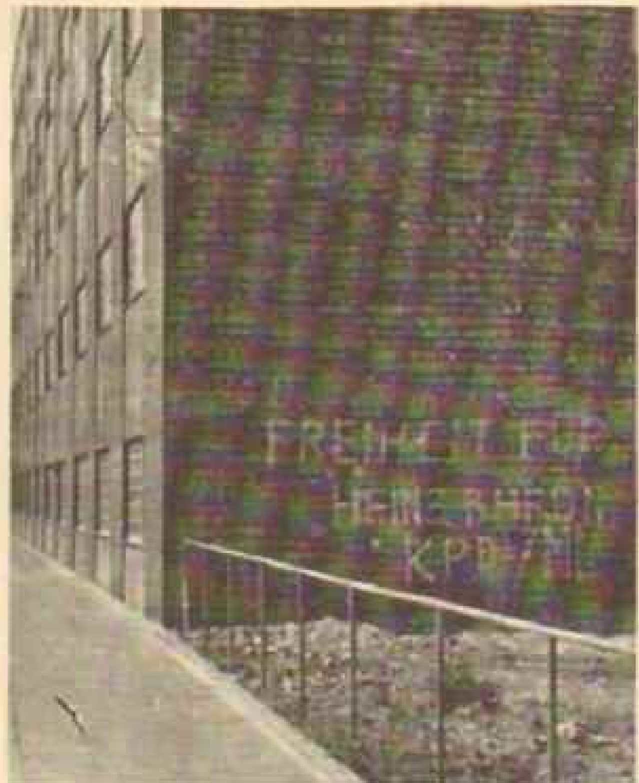
Auch bei uns hat sich schon häufig die enge Zusammenarbeit der EAP mit dem Staatsapparat gezeigt. Mehrfach war bei EAP-Provokationen umgehend auch die Polizei zur Stelle. Gezielt werden Auseinandersetzungen zwischen unserer Partei und anderen Revolutionären und der EAP als Richtungskämpfe zwischen revolutionären Organisationen in der bürgerlichen Presse dargestellt. **So sollen die EAP-Provokateure die Rechtfertigung für Polizeieinsätze gegen die revolutionäre Bewegung liefern.** Aber damit ist die Aufgabe dieser Bande nicht erschöpft. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitung „Neue Solidarität" sind EAP-Provokateure bereits dazu übergegangen, Genossen mit Namen und Adressen zu denunzieren. In den USA verbindet die ULP ihre Hetzflugblätter fast regelmäßig mit dem Aufruf, Marxisten-Leninisten und andere Revolutionäre bei der Polizei oder den Betriebsleitungen zu denunzieren.

Wie in den USA müssen auch wir uns darauf einstellen, daß der direkte physische Terror gegen die Partei und andere Revolutionäre zum eigentlichen Betätigungsfeld der EAP-Provokateure wird. Bereits bislang wurden mehrfach Genossen von diesen Faschisten überfallen. Und das Angebot der EAP-Bande an die modernen Revisionisten zur Aktionseinheit gegen uns hat keinen anderen Sinn, als den konterrevolutionären Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu verstärken. Die EAP-Provokateure arbeiten allen Feinden der westdeutschen Arbeiterklasse in die Hände: dem US-Imperialismus, dem westdeutschen Imperialismus, aber auch dem russischen Sozialimperialismus. Im Kampf gegen diese Bande sollten alle revolutionären Organisationen zusammenarbeiten, um ihr die gebührende Antwort zu erteilen.

Nach einer Woche Haft

Genosse Heinz Baron freigekämpft

„Das ist eine rein rechtliche Entscheidung und hat nichts mit den Sachen da draußen zu tun." Mit diesen Worten des Anstaltsleiters wurde Genosse Heinz Baron, einer der verurteilten Kämpfer des Roten Antikriegstages 1972 am 11. 8. 75 wieder aus dem Gefängnis entlassen.



Genosse Heinz Baron war am 4. 8. verhaftet worden, als er sich bei der Polizei meldete, was er nun schon seit fast drei Jahren wöchentlich tun muß, seit der Haftbefehl gegen ihn außer Vollzug gesetzt wurde. Die Staatsanwaltschaft hatte zum Vorwand genommen, daß er in Urlaub gefahren war und bei der Abmeldung seine Adresse nicht angegeben hatte, um den Haftbefehl in Vollzug setzen zu lassen, obwohl Heinz in den vorangegangenen Jahren genauso gehandelt hatte. (vgl. RM 32/75).

Nach einer Woche, fast auf die Stunde genau, mußte die Bourgeoisie Genossen Heinz wieder aus der Haft entlassen. Warum nach so kurzer Zeit?

Zum einen, weil der vorgeschobene Haftgrund juristisch unhaltbar war und der Rechtsanwalt des Genossen beharrlich auf die Aufhebung der Entscheidung drang.

Das allein hätte aber nicht gereicht. Entscheidend war, daß die Partei den Kampf für die Freilassung führte und nicht entmutigt die Hände in den Schoß legte. Von den verschiedenen Aktivitäten, die die Partei und die RH entfalteten, berichteten wir bereits im RM 32/75. Den Höhepunkt erreichte die Kampagne am Montagmorgen durch Parolen an den Gefängnismauern, die die Freilassung des Genossen gefordert haben.

Als die Parolen von der Gefängnisleitung entdeckt wurden, riefen sie fieberhafte Aktivität hervor: Heinz wurde von der Zweimannzelle mit Fenster zur Straße in eine Einzelzelle mit „Blick" auf den Innenhof verlegt. Er durfte nur noch in Begleitung von zwei Wärtern die Zelle verlassen. Probealarm wurde abgegeben. Sein Rechtsanwalt mußte sich ausweisen, obwohl er schon viermal dagewesen war. Und das alles, weil, wie ein Wärter erklärte „ein Befreiungsversuch von außen" befürchtet wurde.

So kann man sich das Entsetzen der Gefängnisleitung vorstellen, als der Ermittlungsrichter aus München anrief und anordnete, daß Heinz nicht, wie geplant am Dienstag nach München abgeschoben, sondern in Dortmund bleiben sollte, bis die Entscheidung gefällt würde. Und man kann sich vorstellen, daß der Anstaltsleiter auf eine schnelle Entscheidung drängte, die der Richter auch innerhalb einer halben Stunde fällte, obwohl er, wie er mehrfach behauptet hatte, vor Dienstag keine Akteneinsicht nehmen könnte, weil die Akten nicht greifbar seien. Nun ging's. Allerdings nicht ohne eine neue Unverschämtheit: Heinz muß sich jetzt statt ein- zweimal wöchentlich bei der Polizei melden.

Aber auch in dieser Angelegenheit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Solidarität hilft siegen! Diese Wahrheit hat sich erneut bestätigt. Aber der Kampf ist mit diesem Erfolg gegen die Übergriffe der Klassenjustiz nicht beendet. Er wird weitergeführt unter den Losungen:

FREIHEIT FÜR DIE KÄMPFER DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGS 1972!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Forts. von Seite 7

selbst zugeben, daß er dazu nichts sagen kann, daß man dazu Adebar laden müßte – aber einen Antrag ihn zu laden und erneut in die Beweisaufnahme einzutreten, lehnt er ab: „unerheblich". In der Urteilsbegründung muß er dann auch zugeben, daß er einen Kausalzusammenhang zwischen der Räumung des Arbeitsgerichtes und dem Tod des Genossen Günter nicht ausschließen kann. Er muß weiter zugestehen, daß es nicht „beleidigend" ist zu schreiben, daß Genosse Günter erschlagen worden ist, sondern „beleidigend" ist es, die Polizisten als „Menschen hinzustellen, die von den dunklen Mächten des Kapitals geleitet sind", „die Menschen einzig und allein deswegen umbringen, weil sie eine andere politische Gesinnung haben". Darin soll die angebliche Beleidigung bestehen.

Tatsächlich zeigt diese Begründung, daß es bei dem Prozeß gar nicht um „Beleidigung" geht, sondern um die Unterdrückung des Marxismus-Leninismus und seine Anwendung auf die Bundesrepublik, um das Verbot der kommunistischen Agitation und Propaganda. Die Polizei, der ganze kapitalistische Staat, ist dazu da, das Volk gewaltsam zu unterdrücken und Mord ist dabei eingeplant. Dies und die Schlußfolgerung daraus, daß es notwendig ist, den Weg der gewaltsamen Revolution zu beschreiten, soll unterdrückt werden.

Aber die Bourgeoisie wird damit keinen Erfolg haben. Vor Gericht erklärte Genosse Gernot, daß der Terror der Bourgeoisie letzten Endes zum Scheitern verurteilt ist und sagte: „Wir stützen uns auf die Stärke der Partei und die wachsende Solidarität. Dies wird die Stimme der Revolution nicht verstummen lassen. Ein Urteil des bürgerlichen Klassengerichts nützt da gar nichts."

Korrespondenzen

Korrespondenzen an Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

BREMEN

Ich bin Lehrerin an einer Bremer Schule und mache jede Woche einen Besuch bei den Eltern meiner Schüler; es sind zu 80% Arbeitereltern. Kurz vor den großen Ferien hatte ich ein Gespräch mit einer Mutter von 5 Kindern, die mir folgendes erzählte:

„Vor kurzem stand ich an einer Haltestelle und wartete auf einen Bus. In dem Haltestellenhäuschen saß ein älterer Mann, der etwas zuviel getrunken hatte. Plötzlich erschien ein Polizeiauto und zwei Polizisten stürzten heraus. Sie sagten zu dem alten Mann, er solle sofort verschwinden. Als der Mann sich weigerte, schnell aufzustehen, (er war übrigens gehbehindert und es standen zwei Krükken neben ihm) packten ihn die beiden Polizisten und schleiften ihn zum Wagen. Voller Empörung sah ich, wie seine kranken Beine auf das Pflaster und auf den Straßenbahnschienen aufschlugen. Die Krücken des alten Mannes ließen sie einfach im Haltestellenhäuschen liegen, obwohl er sie sicher brauchte, um überhaupt gehen zu können. Ich sah ein junges Mädchen, das ebenfalls so empört war wie ich. Sie wollte eine Anzeige gegen diese Mißhandlungen an diesem alten Menschen gegen die beiden Polizisten aufgeben. Ich will dabei gerne als Zeugin auftreten. Aber ich glaube nicht, daß denen etwas blüht."

Diese Mutter hatte kurz zuvor noch selbst am eigenen Leib zu spüren bekommen, wie hart die westdeutsche Polizei gegen unser Volk vorgeht, daß sie sogar vor Kindern nicht haltmacht.

Zwei ihrer Söhne, einer 10 Jahre und einer 5 Jahre alt, sind zwei Stationen ohne Fahrschein mit der Straßenbahn gefahren. Sie wurden beide von einem Kontrolleur erwischt und zur Wache geschleppt. Dort behandelte man die Kinder wie Schwerverbrecher und brachte sie anschließend im Polizeiwagen nach Hause. „Mein kleiner Sohn war völlig verschüchtert und weinte, als er nach Hause kam." Man hat anschließend dieser Mutter für jedes Kind 20 DM Strafe abgeknöpft! Die Frau sagte am Ende des Gesprächs: „Wer glaubt da schon an das Märchen ‚Die Polizei – Dein Freund und Helfer'."

Immer mehr Menschen merken, wenn sie einmal die Polizei beim Einsatz erlebt haben, daß diese Polizei überhaupt nicht zum Schutz des Volkes da ist, sondern zu seiner Unterdrückung.

Eine Genossin aus Bremen

MÜNCHEN

Eine Genossin schickte uns einen Brief, den Genosse Bernd Reisser, der wegen seiner Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, am 5. 8. aus der Strafanstalt Stadelheim in München schrieb. Wir drucken im folgenden einen Auszug aus diesem Brief ab.

„ . . . In Stadelheim angekommen: Zelle, Laufzettel holen, Zelle, Eigenwäsche abgeben, nach Flöhen untersucht werden,. Anstaltskleidung, duschen, Zelle, Arzt, Wartezelle. Einmal A sagen, bücken, röntgen, fertig. Im Warteraum stand: ‚Peter Bayer RAKT 1972 – 18 Monate Gefängnis, Hammer, Sichel und Gewehr' und einige Parolen. Auch ‚Freiheit für Hubert, Bernd und Peter!' Nach dem Arzt ging es dann endlich in die richtige Zelle.

Und dann erlebte ich etwas Erfreuliches. Eine Zelle neben mir lag ein alter Bekannter. Wir sind zusammen lange Zeit am gleichen Stammtisch gesessen. Er sitzt bereits seit 5 Monaten und 10 Tagen. Der Grund: des öfteren wurde er bei Demonstrationen gesehen, er bekam Studierverbot und mußte ausreisen. Zuerst gab er nach. Dann kam er aber nach Deutschland zurück (er ist Afghane), begann unter falschem Namen wieder zu studieren wurde aber erkannt, verhaftet und zu 5 Monaten Strafhaft verurteilt. Jetzt sitzt er in Abschiebehaft und hofft jeden Tag auf seine Entlassung.

Ich traf überhaupt sehr viele, die nicht aus kriminellen Delikten hier sind, sondern aus ganz anderen Gründen. Z. B. ein Bundeswehrsoldat, der auf seinen Prozeß wartet, weil er einem Unteroffizier (bei Stuttgart) die Zähne eingeschlagen hat. Er hatte ein Auto waschen sollen und als er sich weigerte, forderte der Unteroffizier ihn auf, mit ihm um die Ecke zu gehen zum Prügeln. Das hat er dann auch getan.

Oder ein junger Kerl, der 12 Monate wegen „Schwarzfahrens" bekommen hat. Ein anderer stand zufällig in einer Gegend, wo eingebrochen wurde. Weil er „Schwarzer" ist und keine Papiere dabei hatte, wurde er verhaftet und sitzt jetzt seit mehreren Monaten in U-Haft. Er ist besonders hart getroffen, weil er weder Verwandte noch Freunde hat. Er ist ganz verzweifelt . . ."

Genosse Peter schließt seinen Brief mit vielen Grüßen an alle Genossen und bittet darum, bei Briefen an ihn Briefmarken und Briefpapier für eine Rückantwort beizulegen.

Hamburg

In Abwesenheit 4 500 DM Strafe

Am 5. August wurde Genosse Wolfgang Walter in Abwesenheit vom Hamburger Amtsgericht zu einer Strafe von 4 500,– DM verurteilt. Der Genosse der wegen seines Urlaubs die Ladung zum Prozeß zu spät erhalten hatte, erfuhr von seiner Verurteilung durch das Radio.

In der Sendung „Echo am Abend" des NDR wurde berichtet, daß der mehrfach politisch vorbestrafte Arzt Wolfgang Walter verantwortlich zeichnet für ein Flugblatt anläßlich eines Prozesses gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Ernst Aust, in dem das Bonner Parlament als Schwatzbude bezeichnet wird. Außerdem sei auf dem Flugblatt ein überdimensionaler Arbeiter abgebildet, der in der einen Hand das Programm der KPD/ML hält und mit der anderen den Bundesadler von der Wand reißt und die „Herren Abgeordneten" aus den Bänken treibt.

Auf Grund dieser Tatsachen, als auch wegen der Vorstrafen für ähnliche Flugblätter hielten der Richter wie Staatsanwalt die Bestrafung mit 4 500,– DM für gerechtfertigt.

Dieses Urteil ist ein direkter Angriff auf das Parteienprivileg, handelt es sich doch bei den Aussagen in diesem Flugblatt um Bestandteile des Programms der KPD/ML. Unter der Kernaussage: „das bürgerliche Parlament ist eine Schwatzbude und wird durch den bewaffneten Kampf des Volkes unter Führung seiner Partei auseinandergejagt werden" hat die KPD/ML an den Landtagswahlen in Nordrheinwestfalen und in Hamburg teilgenommen und erkämpft, daß z. B. in Hamburg der Genosse Ernst Aust diese Aussage im Fernsehen, wie im Rundfunk erläutern konnte.

Jetzt soll hintenherum durch Terrorurteile gegen Flugblattverantwortliche diese programmatische Äußerung der KPD/ML verboten werden. Der Kampf um die Legalität der Partei, der Kampf um die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda um die Freiheit der kommunistischen Presse spitzt sich zu. Das zeigt sich neben der Prozeßlawine gegen unser Zentralorgan den ROTEN MORGEN auch an diesem Prozeß. Der Genosse Wolfgang Walter wird gegen dieses Urteil kämpfen.

Weil Paul Kommunist ist

Gericht bestätigt Ausweisung

Das Verwaltungsgericht Köln hat den Einspruch des Genossen Paul Pittam gegen den sofortigen Vollzug seiner Ausweisung abgelehnt. Die Stadt Köln hat nach der Meinung dieses Gerichts „offensichtlich rechtmäßig" gehandelt, als sie beschloß, Genossen Paul sofort auszuweisen.

„Unabhängig hiervon", heißt es dann weiter, „besteht aber auch aus anderen Gründen ein Überwiegen des öffentlichen Interesses an der sofortigen Ausreise . . ."

Genosse Paul ist Kommunist, er war presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter der Partei in Köln. Der berüchtigte Richter Someoskoy hat ihn zu 5 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil er unter der Parole „Faschisten raus aus Nippes!" gegen faschistische Propagandatrupps in Köln-Nippes gekämpft hat.

Ganz offen erklärt dieses Gericht, daß der revolutionäre Kampf, die Agitation und Propaganda für die gewaltsame sozialistische Revolution im „Interesse der Erhaltung des verfassungsmäßigen Status der Bundesrepublik zu unterbinden" sind, wobei besonders die Aktivitäten der KPD/ML mit Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, d. h. die kapitalistische Ausbeuterordnung, verbunden seien, vor allem auch deshalb, weil unsere Partei für die Errichtung eines sozialistischen Staates wie u. a. in der VR China oder der VR Albanien eintrete.

Für den Genossen Paul heißt „unterbinden" in diesem Fall, gestützt auf die reaktionären Ausländergesetze: Ausweisung, um die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung der westdeutschen Imperialisten zu schützen.

Trotz dieses Beschlusses des Landgerichts Köln geht der Kampf gegen die Ausweisung des Genossen Paul Pittam weiter. In Köln haben die Genossen dazu bereits eine Veranstaltung organisiert.



WÜRZBURG

Weil in der Zeitung „Die Rote Lehrlingsfront" der Mord an Genossen Günter Routhier angeprangert wurde, verurteilte ein Würzburger Gericht den presserechtlich Verantwortlichen dieser Nummer und einen Genossen, der sie angeblich verteilt haben soll, zu je 900 DM Geldstrafe. Außerdem wurde die Beschlagnahmung der eingezogenen Exemplare dieser Ausgabe der Lehrlingszeitung angeordnet. Zum Prozeß waren 50 Zuschauer gekommen. Die Partei hat vor und nach dem Prozeß ein Flugblatt verteilt.

AUGSBURG

Gegen Rechtsanwalt Gildemeier aus Augsburg, Mitglied des Zentralvorstands „Roten Hilfe" und Kandidat der GRF (KPD) verfaßte die Staatsanwaltschaft München eine Anschuldigungsschrift, in dem ihm seine Mitgliedschaft in der GRF vorgeworfen wird und stellte gleichzeitig einen Antrag auf Berufs- und Vertretungsverbot.

DARMSTADT

Am 26. 9. wird in Darmstadt ein Prozeß gegen 3 Genossen stattfinden, die nach der Ermordung des Genossen Günter angeblich bei einem Informationsstand der Partei den Roten Morgen und Flugblätter verteilt haben sollen. Vorausgegangen waren Strafbefehle in einer Gesamthöhe von 1400 DM. Einer der drei Genossen hat jetzt einen weiteren Strafbefehl wegen eines Informationsstandes der RHD erhalten, weil in einem Extrablatt der RHD und auf einer Plakatwand an diesem Stand von der Ermordung des Genossen Günter geschrieben wurde.

WESTBERLIN

In Westberlin wurden zwei Genossen, die im letzten Jahr einen der beschlagnahmten Roten Morgen mit Artikeln über die Ermordung des Genossen Günter verkauft haben sollen zu 1200 DM bzw. 600 DM verurteilt. Die Genossen zeigten im Prozeß, daß er in einer Reihe steht mit den anderen Angriffen der bürgerlichen Klassenjustiz auf die kommunistische Presse und besonders auf den Roten Morgen. An einigen Mauern in Neukölln konnte man die Parole lesen: „Freiheit für den Roten Morgen – Freiheit für die marxistisch-leninistische Presse – KPD/ML."

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

DUISBURG

Von einem Duisburger Schöffengericht wurde Professor Domdey wegen Verstoßes gegen den § 90 a zu 3000 DM Geldstrafe verurteilt. Professor Domdey hatte zusammen mit 4 anderen Professoren einen Aufruf unterzeichnet, der zum Protest gegen den Mord an Genossen Günter aufrief. Prozesse gegen drei weitere Unterzeichner des Aufrufs werden im September ebenfalls in Duisburg stattfinden.

DUISBURG

Nach Angaben der Zeitung „Rote Hilfe" von August wurden Genossen der GRF (KPD) allein von Duisburger Gerichten zu insgesamt 20000 DM Geldstrafe im Zusammenhang mit der Ermordung des Genossen Günter Routhier verurteilt.

Vietnamesen von US-Armee verschleppt

Wohl jeder erinnert noch, wie die US-Imperialisten kurz vor ihrer völligen Niederlage in Vietnam Tausende Kleinkinder gewaltsam entführten und diesen Menschraub zynisch auch noch „Humanitäre Hilfsaktion" nannten. Protest auf der ganzen Welt führte dazu, daß die Tatsachen aufgeckt wurden: Die Kinder waren von der Straße weg in Flugzeuge gesteckt, Babys ihren Müttern weggenommen und z. T. in Pappkartons in die USA verfrachtet worden, wo sie schließlich als „Attraktion" unter der „High Society" wie auf dem Schwarzmarkt gehandelt wurden. Vor wenigen Tagen nun berichteten die Presse-Agenturen, daß die US-Imperialisten erneut auf grausame Weise 13 Vietnamesen gewaltsam entführt haben. – Vietnamesen, die von Thailand aus zurück in ihre Heimat wollten.

Wie die Nachrichtenagenturen berichten, gehörten die 13 Entführten zu insgesamt 65 Vietnamesen, die anfangs mit den US-Imperialisten nach Thailand gegangen waren, später aber in ihre Heimat zurückkehren wollten. Nachdem sie von US-Offizieren der Luftwaffe bedroht worden waren, willigten 52 von ihnen schließlich ein, sich von den US-Offizieren mit dem letzten Flugzeug nach Guam fliegen zu lassen, wo die US-Imperialisten bereits Zehntausende Vietnamesen in Lagern zusammengepfercht haben. **13 aber ließen sich nicht einschüchtern und beharrten darauf, in ihre Heimat, nach Vietnam, zurückzukehren. Die US-Offiziere bedrohten sie zuerst mit Gefängnis, dann sogar mit dem Tod, falls sie nicht mit nach Guam fliegen würden. Schließlich wurden sie von den Offizieren zusammengeschlagen und dann jeweils einzeln von vier US-Soldaten in einen Raum geschleift, wo ihnen Drogen in Arme und Beine gespritzt wurden. Anschließend wurde ihnen dann erklärt, der Flug gehe ins Delta-Gebiet des Landes und nicht ins Ausland. Sie wurden entführt in die Lager nach Guam.**

Abgesehen von den wirklichen Verbrechern, die als Handlanger der US-Imperialisten ihr Volk gemordet und blutig unterdrückt haben und die aus Furcht vor der gerechten Strafe durch das Volk ihren Oberherren auf Knien in die USA hinterherrutschen, sind es Zehntausende Vietnamesen, die von den US-Imperialisten ungefragt, unter Zwang oder mit größten Versprechungen gelockt, aus Vietnam verschleppt wurden. Dieser Menschenraub diente den US-Imperialisten – wenige Tage vor ihrer völligen Niederlage dazu, noch einmal mit großem Propagandalärm sich als humanitären Retter der Menschheit vor den „bösen Kräften des Volkes" aufzuspielen. Und hat diesen skrupellosen Menschenräubern das kaum jemand abgenommen, so kam es ihnen zudem noch darauf an, die Herrschaft des Volkes um jeden nur möglichen Menschen zu schwächen, darüber hinaus in der Hoffnung, konterrevolutionäre Banden zusammenstellen zu können, die von den USA und anderswo her gegen die Herrschaft des Volkes in Vietnam hetzen und Sabotage betreiben.

Doch auch dies Verbrechen der US-Imperialisten bleibt nicht ungestraft, wie sich jetzt schon erweist: Die Zahl der Vietnamesen in den US-Lagern, die beharrlich auf ihre Rückkehr in ihre Heimat pochen, wird immer größer, ihre Stimme immer lauter. Verschiedentlich ist es bereits zu Widerstandsaktionen in den Lagern, gegen die Behandlung durch die US-Imperialisten gekommen. Und die Empörung über den verbrecherischen Menschenraub geht über die ganze Welt. Viele Menschen erkennen in diesem Verbrechen noch deutlicher die Menschenfeindlichkeit des Imperialismus und steigern ihren Haß gegen die USA-Imperialisten.

Chile

Neue Verbrechen der Junta aufgedeckt

119 Familien haben von der chilenischen Faschisten-Junta Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen verlangt. Sie haben damit erzwungen, daß wieder ein kleiner Teil des Mord- und Folterterrors der Junta an die Weltöffentlichkeit gezerrt wurde. Denn daran wagt selbst die bürgerliche Presse nicht zu zweifeln: diese 119 chilenischen Oppositionellen zählen zu jenen vielen Tausenden, die das Faschistenregime bestialisch ermordet hat. Ihre Leichen wurden irgendwo verscharrt oder verbrannt und nicht einmal die Familien der Ermordeten werden benachrichtigt.

Außer den offiziell registrierten politischen Gefangenen und zum Tode verurteilten, werden selbst von sogenannten humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz noch 1500 Chilenen als „Verschwundene" geführt. 800 von ihnen stehen schon seit mehr als einem Jahr auf diesen Listen, was mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bedeutet, daß sie nicht mehr leben. Denn hinter diesen „Verschwundenenlisten" verbirgt sich der Terror der 1974 gegründeten chilenischen Gestapo-Dina. „Verschwunden" bedeutet: gewaltsame Entführung durch Dina-Agenten. Regime-Gegner werden auf offener Straße gekidnappt oder des Nachts aus ihren Wohnungen geholt und in die Folterkammern der Junta geschleppt. Sie werden von der Dina gefoltert, um neue Namen und Adressen von Regimegegnern aus ihnen herauszupressen, die die Grundlagen für die nächsten Verhaftungsaktionen bilden. Nach den Folterverhören werden sie von Dina-Agenten ermordet. In Wirklichkeit ist die Zahl der Opfer dieses Terrors der Dina noch größer; denn die Zahl 1500 bezieht sich nur auf jene Fälle, in denen Zeugen für die Verschleppung aufgetaucht sind. Mit welchem blutigen Terror die Faschisten-Junta nach wie vor wütet, wird an der Tatsache klar, daß sie nicht einmal die Einreise der Menschenrechtskommission der UNO nach Chile erlauben konnte.

Die Verbrechen der Junta-Faschisten, hinter denen die US-Imperialisten stehen, stoßen auf weltweite Empörung und rufen überall die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes, daß unter der Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles das Faschisten-Regime zerschlagen wird.

Aufruf der FRAP

Freiheit für die 16 spanischen Patrioten

Das faschistische Franco-Regime in Spanien hat in der Woche vom 14.-21. Juli mindestens sechzehn revolutionäre antifaschistische Kämpfer verhaftet, eingekerkert und grausam gefoltert. Die Gestapo des Franco-Regimes, die BPS, die am 23. Juli ihre Verhaftung bekanntgegeben hat, beschuldigt die Patrioten, Angehörige der FRAP, der revolutionären, antifaschistischen, patriotischen Front zu sein.

Bei den sechzehn verhafteten spanischen Patrioten handelt es sich unter anderem um den Journalisten Manuel B. Chivite, der im Burgosprozeß als Verteidiger aufgetreten war und seine Frau; weiter um einen einundzwanzig Jahre alten Soldaten, den die Franco-Faschisten in die Westsahara schicken wollten, um den Befreiungskampf des Volkes zu unterdrücken, der aber entsprechend dem Aufruf der FRAP, desertiert war.

Es ist offensichtlich, daß alle sechzehn Patrioten nach ihrer Verhaftung von der BPS grausam gefoltert worden sind. Als die BPS am 23. Juli ihre Verhaftung bekanntgab, wagte sie es vielfach nicht, Bilder der Genossen zu veröffentlichen, bzw. benutzte alte Archivbilder, um zu verhindern, daß jedermann die Spuren ihrer Mißhandlungen sehen kann.

Aus Anlaß der Verhaftungen hat das Ständige Komitee der FRAP am 21. Juli in Madrid ein Kommunique herausgegeben, in dem es die spanische Arbeiterklasse, die Werktätigen in Stadt und Land, die patriotischen Intellektuellen, alle spanischen Völker aufruft, den Kampf gegen die Unterdrückung durch das faschistische Franco-Regime zu verstärken. Das ständige Komitee der FRAP erklärt in dem Kommunique, daß die Beschuldigung unter der die sechzehn Patrioten verhaftet worden sind, nämlich weil sie angeblich an den Hinrichtungs- und Bestrafungsaktionen gegen die Henker des Volkes beteiligt gewesen sein sollen, völlig aus der Luft gegriffen ist.

Angesichts der Tatsache, daß in den faschistischen Zeitungen schon offen der Mord an den sechzehn Gefangenen verlangt wird, ruft die FRAP die Völker Europas und alle revolutionären Organisationen dazu auf, ihre Solidarität mit dem spanischen Volk zu verstärken, die grausame Unterdrückung durch das Franco-Regime zu enthüllen und für die sofortige Freilassung der verhafteten Patrioten zu kämpfen.

In dem Kommunique des Ständigen Komitees der FRAP wird aber auch betont, daß die wütende Welle der Unterdrückung, mit der das faschistische Franco-Regime jetzt das ganze Land überzieht, die Tatsache, daß es mit allen Mitteln versucht, den Kampf der breiten werktätigen Massen des spanischen Volkes gegen die grausame faschistische Diktatur zu unterdrücken, kein Zeichen seiner Stärke, sondern vielmehr ein Zeichen seiner Schwäche ist, ein nutzloser Versuch, um die anschwellende Woge des Freiheitskampfes des spanischen Volkes gegen das Regime und seinen Oberherrn, die amerikanischen Imperialisten zu unterdrücken.

Unter der Führung seiner Partei, der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und geführt von der FRAP wird das spanische Volk im revolutionären Volkskrieg sein Land befreien und die föderative Volksrepublik errichten.

Es ist eine Tatsache, daß gerade in den letzten Monaten nicht nur im Baskenland, sondern in ganz Spanien die Volksbewegung einen gewaltigen Aufschwung genommen hat. **Dabei greifen die Patrioten immer häufiger zum Mittel der revolutionären Gewalt.** Kommandos der KPS/ML bzw. der FRAP führen häufig Aktionen gegen die Volksfeinde, Angehörige der Geheimpolizei und der BPS usw. durch. Immer öfter werden die Henker und Volksfeinde hingerichtet und bestraft. **So meldeten z. B. am 16. August die Nachrichten, daß ein Kommando der FRAP in Madrid auf offener Straße einen Agenten der Polizei hingerichtet hat.**

„Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KPSp/ML schreibt dazu in seiner Juniausgabe unter dem Titel „Neue Formen des revolutionären Kampfes vorantreiben! Lernen zu kämpfen!"

„Die Organisationen der Partei und der FRAP haben während der letzten Wochen mit Energie die revolutionäre Gewalt der Massen verbreitet – eine Aufgabe, die sich jetzt nicht mehr verschieben läßt. ... Als Beispiel seien die Aktivitäten genannt, die die Organisationen der Partei in Madrid in der Woche vom 25.-31. Mai durchgeführt haben ... Während der Militärparade (am 25. 5.) setzte ein Trupp der JCE/ML (Jugendorganisation der Partei) und andere Genossen der FRAP einen Teil der höchsten Militärstabsschule in Brand, indem sie zehn große Molotowcocktails warfen, nachdem eine besondere Gruppe sowohl die Wachhabende als auch die gesamte Wachtruppe neutralisiert hatte. Zur gleichen Zeit während der Parade warf ein anderer Trupp der FRAP eine Handgranate in die unmittelbare Nähe der Tribüne der Repräsentanten des Regimes." Bei dieser Aktion gelingt es der faschistischen Polizei nicht, auch nur einen einzigen Genossen zu verhaften. Wenig später, kurz vor der Ankunft des US-Präsidenten Ford in Madrid setzt ein Trupp der FRAP die Niederlassung der US-Zeitung „Selecciones" in Brand, während ein anderer Trupp Molotowcocktails in die Niederlassung von Chrysler wirft.

Gleichzeitig wird bekannt, daß erst vor kurzem zwei weitere Polizisten in Madrid hingerichtet worden sind. Im Baskenland tötete eine baskische patriotische Einheit einen Agenten der Polizei, während in der Stadt Derloz eine Gruppe von Patrioten 3 Polizisten, die gekommen waren, um sie zu verhaften, beschossen hat.

Angesichts des Aufschwungs der Kämpfe, der Zunahme der revolutionären Gewalt, ist die Franco-Diktatur offenbar entschlossen, die sechzehn Gefangenen grausam zu mißhandeln und plant ihre Hinrichtung.

Unsere Partei ist entschlossen, den Kampf für die Freilassung der sechzehn Gefangenen zu unterstützen und über ihr Schicksal, die Folter und die Mißhandlungen aufzuklären.

Sofortige Freilassung der sechzehn Gefangenen! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

US-Veto gegen Aufnahme Vietnams in dieUNO

Der Sicherheitsrat der UNO erörterte am 11. August zwei Resolutionsentwürfe, die von neun Mitgliedsländern über die Aufnahme der Republik Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam in die Organisation der Vereinten Nationen vorgelegt worden waren. Während 13 Mitgliedsländer des Sicherheitsrates den Anträgen zustimmten und eines sich enthielt, legten die USA Veto ein und blockierten damit den gerechten Antrag.

Das US-Veto gegen die Aufnahme der beiden vietnamesischen Staaten zeigt, daß die US-Imperialisten auch nach ihrem völligen Scheitern in Vietnam weiterhin versuchen, Unruhe zu stiften und das vietnamesische Volk, das in jahrzehntelangem Kampf seine Befreiung errungen hat, zu diskriminieren und zu treffen. Daß die US-Imperialisten seit 30 Jahren zum ersten Mal bei der Aufnahme von zwei Staaten sich gezwungen sahen, ihr Vetorecht auszunutzen, zeigt aber auch noch etwas anderes; daß nämlich der Einfluß des US-Imperialismus innerhalb der UNO immer mehr gesunken ist, daß diese Supermacht durch den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt bereits soweit isoliert ist, so daß sie nur noch mit offenen Maßnahmen ihre Politik der Vorherrschaft durchsetzen kann. Zwar hatte der Vertreter der USA noch einen Versuch gestartet sein Veto zu verschleiern, doch scheiterte dies offensichtlich. Da die Aufnahme der Park-Jung-Hi-Clique in Südkorea kurz zuvor abgelehnt worden war, behauptete der US-Vertreter in der UNO, daß das Veto gegen die beiden vietnamesischen Staaten ein Protest dagegen sei, daß nicht jedes Land in die UNO aufgenommen würde.

Eine völlige Verdrehung der Tatsachen! Während die Republik Südvietnams und die Demokratische Republik Vietnam beide den Willen des vietnamesischen Volkes im Norden und im Süden verkörpern, stellt der angebliche „Staat Südkoreas" nichts anderes dar als eine Marionettenclique, die bestehen kann, weil die US-Imperialisten das Land gewaltsam gespalten haben und diese Spaltung bis heute aufrechterhalten; eine Marionettenclique, die nichts anderes repräsentiert als den Willen und die Interessen des US-Imperialismus, aber nicht das geringste mit der Bevölkerung Südkoreas zu tun hat. In einem Artikel unstrich die nordkoreanische Zeitung „Rodong Sinmoon" dazu, daß nur ein wiedervereinigtes Korea in die UNO aufgenommen werden darf. „Das koreanische Volk will die Wiedervereinigung. Nur eine Handvoll Diener der amerikanischen Imperialisten wollen die Teilung", unterstreicht der Artikel.

Die UNO-Beobachter der Republik Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie das Vorgehen der USA, die Aufnahme beider Länder zu verhindern, verurteilen. Die Erklärung betont, daß die USA ihr Vetorecht übel ausnutzte und nur deshalb das Problem Südkoreas mit dem Problem der Aufnahme der Republik Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam in die UNO in Verbindung brachte, um ihre Handlung zu rechtfertigen. „Die Haltung der USA", betont die Erklärung, „ist eine Diskriminierung, die die USA heute der Republik Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam antun, morgen aber auch anderen Ländern, die erfolgreich gegen die neokolonialistische amerikanische Aggression kämpfen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Unter der Führung der Kommunistischen Partei

10 Jahre bewaffneter Kampf des thailändischen Volkes

In Thailand ist vor zehn Jahren die Flamme des revolutionären Volkskrieges gegen die amerikanischen Imperialisten und das reaktionäre Bangkoker Regime entzündet worden. Damals erhob sich in einem Dorf eine Gruppe von Patrioten mit der Waffe in der Hand, richtete mehrere Agenten und Söldner des Regimes hin und gab damit das Signal für den Beginn des bewaffneten Kampfes.

Der revolutionäre Volkskrieg des thailändischen Volkes war die Antwort darauf, daß die amerikanischen Imperialisten Thailand nicht nur in eine Kolonie neuen Typs, sondern auch in einen riesigen Militärstützpunkt verwandelt haben, die Antwort auf die grausame Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes durch die amerikanischen Räuber und ihre einheimischen Lakaien, vor allem die Feudalherren.

Obwohl sowohl das reaktionäre Bangkoker Regime, als auch die amerikanischen Besatzungstruppen alle Mittel anwendeten und eine Militär- und Terrorkampagne nach der anderen gegen die Befreiungskräfte und das Volk starteten, um die Flammen des revolutionären Volkskrieges auszulöschen, hatten sie keinen Erfolg.

Von der Kommunistischen Partei Thailands und den Lehren des Marxismus-Leninismus über den bewaffneten Kampf geleitet, breitete das thailändische Volk den Kampf über zahlreiche Provinzen des Landes, vom Norden bis hin zum Süden aus, stärkte sich die Volksarmee durch immer neue Kämpfer und festigten sich die Verbindungen der Befreiungsstreitkräfte mit dem Volk. In unzähligen Operationen wurden dem Feind erhebliche Verluste zugefügt.

Das thailändische Volk hat sich in den vergangenen zehn Jahren davon überzeugt, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist, auf dem es seine Befreiung vom imperialistischen Joch erkämpfen kann. Heute, nach zehn Jahren, ist die Lage günstiger denn je, um den Befreiungskampf erfolgreich durchzuführen. Die glanzvollen Siege des vietnamesischen und des kambodschanischen Volkes, die Erfolge des laotischen Volkes haben die Positionen des amerikanischen Imperialismus und seiner Lakaien in Südostasien stark erschüttert und geschwächt und den Kampf des thailändischen Volkes gewaltig angespornt.

Wachsamkeit ist allerdings vonnöten, denn die andere Supermacht, die russischen Sozialimperialisten versuchen fieberhaft, die Lage auszunutzen, um den Platz des amerikanischen Imperialismus in dieser Region einzunehmen. **Die „Volksstimme von Thailand" enthüllte gerade vor kurzem die Wühl- und Sabotagetätigkeit der russischen Sozialimperialisten in Thailand.**

„Die sowjetischen Sozialimperialisten", heißt es in dem Bericht, *„wenden verschiedene Methoden an, um ihren Einfluß aggressiver Natur in Thailand zu verstärken, nämlich offene Aktivitäten im Namen der sowjetischen Regierung oder unter dem Vorwand von Kultur und Handel und Geheimaktivitäten der Spionage und Subversion durch Agenten unter verschiedenem Deckmantel, Einmischung in die inneren Angelegenheiten Thailands und betrügerische Propaganda. Neben der Sammlung militärischer und diplomatischer Informationen, führen die Agenten auch Aufklärungstätigkeit in den südlichen Grenzgebieten Thailands durch und versuchen, sich dort festzusetzen, um den sowjetischen Einfluß auf die Malaiische Halbinsel und den Indischen Ozean zu vergrößern. Außerdem versuchen sie, in jeder nur denkbaren Weise, verschiedene Massenorganisationen zu infiltrieren."*

Als die VR China und Thailand diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, entfachten die russischen Sozialimperialisten eine betrügerische Propaganda, mit der sie sich in die inneren Angelegenheiten Thailands einmischten und die Aufnahme der Beziehungen zu sabotieren versuchten.

Aber alle diese Aktivitäten haben dem thailändischen Volk das wahre Wesen der russischen Sozialimperialisten immer klarer vor Augen geführt und es erhöht seine Wachsamkeit.

Die Kommunistische Partei Thailands und die von ihr geführten Befreiungsstreitkräfte haben immer erklärt, daß sie es niemals zulassen werden, daß die russischen Sozialimperialisten an die Stelle der amerikanischen Räuber treten. In dem Bericht der „Volksstimme Thailands" heißt es, daß es das thailändische Volk niemals einer imperialistischen Macht einzudringen erlauben wird, nachdem eine andere vertrieben wurde.

Die KP Thailands und die Befreiungsstreitkräfte werden sich auch nicht dadurch täuschen lassen, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Bereitschaft beteuert haben, ihre Truppen aus Thailand abzuziehen. **Sie haben erklärt, daß sie die Waffen nicht aus der Hand legen werden, nicht bereit sind, einen Kompromiß mit dem Feind einzugehen oder gar Verhandlungen zwischen den Befreiungskräften und dem reaktionären Regime in Bangkok zu organisieren.** Die Partei, die Befreiungsstreitkräfte und das ganze thailändische Volke erklären nach wie vor: **Kampf bis zuletzt für ein freies und unabhängiges Thailand ohne Imperialisten und Reaktionäre. Die Antwort wird auf dem Schlachtfeld gegeben:**

Gerade wird bekannt, daß 200 Kämpfer der Befreiungsstreitkräfte eine feindliche Brigade in Nordthailand angegriffen haben und ihr schwere Verluste an Menschen und Material zugefügt haben.

Unter Führung der KP Thailands wird das thailändische Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit erkämpfen, wird es das Joch der amerikanischen Imperialisten abschütteln und die Aggression und Einmischung der russischen Sozialimperialisten zum Scheitern verurteilen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto -
Stadtsparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

Nordirland

Patrioten verstärken bewaffneten Kampf

Vor vier Jahren haben die britischen Imperialisten in Nordirland das faschistische Gesetz erlassen, mit dessen Hilfe sie tausende von nordirischen Patrioten „interniert", d. h. ohne jedes Gerichtsverfahren in ihre Konzentrationslager gesperrt haben.

Am 9. und 10. August haben deshalb in Belfast, Newry, Derry und vielen anderen nordirischen Städten machtvolle Demonstrationen und militante Aktionen gegen die britische Kolonialherrschaft stattgefunden, zu denen alle patriotischen Kräfte des Landes aufgerufen hatten. Auf den Demonstrationen wurde außerdem die sofortige Freilassung der immer noch eingekerkerten 300 Patrioten gefordert.

Die nordirischen Patrioten sind entschlossen, niemals die britische Kolonialherrschaft über ihre Heimat anzuerkennen und bereit, den Kampf zu verstärken und bis zum Sieg fortzusetzen.

In Belfast beteiligten sich mehrere hundert Einwohner an einer Demonstration und setzten sich dabei mit Steinen, Knüppeln, Flaschen und Bomben gegen die Besatzungstruppen zur Wehr, die die Demonstration überfallen hatten. Ähnliche Demonstrationen fanden auch in anderen Stadtvierteln von Belfast statt und obwohl die britischen Besatzungsbehörden überall starke Polizei- und Militäreinheiten zusammengezogen hatten, gelang es ihnen nicht, die Kämpfe zu unterdrücken. **Die Patrioten beantworteten die konterrevolutionäre Gewalt mit der revolutionären.**

In Andersontown z. B., geriet eine britische Streife, die sich auf die Demonstranten gestürzt hatte, in den Kugelhagel einer Gruppe von nordirischen Patrioten, während an anderen Stellen, britische Militärposten von den empörten Volksmassen umzingelt und eingeschlossen wurden. In Derry, das von einer breiten Demonstrations- und Aktionswelle gegen die britischen Besatzer erfaßt wurde, kämpften hunderte von Demonstranten im Nahkampf mit feindlichen Soldaten und stürmten eine Reihe ihrer Posten. Bei den Kämpfen in Lisburn, ca. 40km südöstlich von Belfast, wurden mehrere britische Soldaten verletzt. **Ein Polizeisprecher mußte selbst zugeben, daß in der Springfieldroad in Belfast ein Polizeirevier stundenlang von einer aufgebrachten Menschenmenge mit Steinen beworfen und mit Maschinengewehren beschossen worden ist.** In Newry wurden an verschiedenen Stellen der Stadt Barrikaden errichtet, so daß die Straße zwischen Belfast und Dublin zeitweilig vollständig blockiert war.

Es zeigt sich immer klarer, daß der Versuch der britischen Imperialisten, die nordirischen Patrioten mit ihrer Wahlfarce zu einer verfassungsgebenden Versammlung zu betrügen, völlig fehlgeschlagen ist. Die britischen Besatzer haben deshalb schon seit längerem einen anderen teuflischen Plan ausgeheckt, um den Kampf zu unterdrücken. **Mit allen Mitteln rüsten sie die konterrevolutionären, faschistischen Banden der nordirischen Landesverräter, wie z. B. die „Ulster Defense Army" usw. mit Waffen aus und ermuntern sie, Terrorangriffe auf die Patrioten zu unternehmen. Diese Banden haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 93 Morde verübt und zahlreiche Anschläge durchgeführt.**



Nordirische Patrioten im Kampf gegen die britischen Besatzungstruppen und einheimischen Reaktionäre.

Darüberhinaus versuchen die britischen Besatzer die konterrevolutionären Aktionen dieser Banden, die sie selbst lenken, dazu auszunutzen, um unter dem Vorwand des „schlichtenden Eingreifens" die Patrioten zu unterdrücken.

So haben die britischen Besatzer in der letzten Zeit die Hausdurchsuchungen und Razzien in den Armenvierteln Belfasts, Derrys und Newrys verstärkt und viele Menschen verhaftet. **Sie stoßen überall auf entschlossenen Widerstand.**

In Derry mußten sich die feindlichen Soldaten bei einer Razzia zurückziehen, nachdem Dutzende von Einwohnern Barrikaden errichtet hatten und sich, mit Steinen und Knüppeln bewaffnet, den feindlichen Soldaten entgegengestellt hatten. **Darüberhinaus haben die nordirischen Patrioten im ganzen Land den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialherren und die nordirischen Kollaborateure verstärkt.** Sie richten Landesverräter hin und sprengen die Schlupfwinkel der faschistischen Banden in die Luft. Immer wieder greifen sie die verhaßten Besatzertruppen an, töten und verwunden viele von ihnen, zerstören ihre Militärposten und legen Minen. Durch ihre kühnen und überraschenden Aktionen haben sie die Feinde in Panik versetzt, ihnen großen Sachschaden zugefügt und 30 Landesverräter und mehrere Angehörige der reaktionären Polizei und der Besatzertruppen getötet.

„Unsere Operationen", so haben die patriotischen Kräfte vor kurzem erklärt, *„gegen den Feind als Antwort auf die Terroraktionen werden fortgesetzt"*. **Dies bringt die Entschlossenheit der breiten nordirischen Volksmassen zum Ausdruck im Kampf auszuharren und ihn bis zum Sieg fortzusetzen.**

In ihrem Kampf haben die nordirischen Patrioten die Unterstützung der Kommunistischen Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten, die unlängst in einer Flugschrift erneut den sofortigen und bedingungslosen Abzug der britischen Besatzungstruppen aus Nordirland fordert und die dafür kämpft in Britannien eine breite Massenbewegung zugunsten der nordirischen Befreiungsbewegung zu organisieren.

Aus aller Welt

TÜRKEI

Dutzende von Demonstranten haben in Izmir das Büro des Kommissariats der Vereinigten Staaten gestürmt und damit ihre Empörung über die amerikanischen Imperialisten zum Ausdruck gebracht. Die Demonstration richtete sich auch gegen die US-imperialistischen Militärstützpunkte in der Türkei.

LAOS

Es wird gemeldet, daß in allen Provinzen und Distrikten von Laos neue Verwaltungen geschaffen werden. Die Stellen der Gouverneure und ihrer Stellvertreter haben Mitglieder der patriotischen Kräfte eingenommen. Diese Maßnahmen sind vom Volk begeistert aufgenommen worden. In den Provinzen Savannakhet und Sedone z. B. fanden Kundgebungen statt, um die Errichtung der neuen Verwaltung zu begrüßen.

DBR/IRAN

Ein Genosse aus Wilhelmshaven berichtet uns, daß man im Stadtgebiet von Wilhelmshaven öfter größere Gruppen iranischer Marinesoldaten sehen kann, die hier auf Schnell- und Landungsbooten ausgebildet werden. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, wie die westdeutschen Imperialisten das reaktionäre Schahregime in seinem Aggressionskrieg gegen das Volk von Oman unterstützt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Interview mit einer Rotgardistin

Kommt zum Jugendkongress der ROTEN GARDE!

Am 30. / 31. 8. findet in Offenbach der Jugendkongreß der Roten Garde mit dem Thema „Jugend gegen den imperialistischen Krieg" statt. Die Rote Garde hat sich das Ziel gesetzt, für diesen Kongreß möglichst viele Jugendliche zu interessieren und für die Teilnahme am Kongreß zu gewinnen. Die Redaktion des Roten Morgen sprach mit Brigitte aus Bielefeld, 20 Jahre alt, Lehrling für den Beruf des Technischen Zeichners über die Aktivitäten der Roten Garde vor dem Kongreß

RM: Der Kongreß der Roten Garde steht unter dem Thema „Jugend gegen den imperialistischen Krieg." Wie ist das Interesse der Jugendlichen für dieses Problem?

Brigitte: Wir haben auf meiner Arbeitsstelle als in Helsinki die sogenannte Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattfand, öfter über dieses Thema gesprochen. Da meinten mehrere meiner Kollegen, daß diese Friedensbeteuerungen doch nur Gerede seien, um die Völker zu täuschen.

RM: Hier ist es ja vor allem die „S"DAJ, die Jugendorganisation der D„K"P, die behauptet, gerade durch solche Konferenzen wie in Helsinki würde der „Frieden immer sicherer".

Brigitte: Ja, aber wenn die Jugendlichen auf der einen Seite die Supermächte vom Frieden reden hören und auf der anderen Seite in der Zeitung lesen, wie sie immer wilder aufrüsten, dann wird schon vielen klar, daß die USA und die Sowjetunion nicht auf eine „ewige Friedenszeit" hinsteuern, sondern auf einen neuen Weltkrieg. Wie sehr die Imperialisten fürchten, daß die Jugendlichen ihre wirkliche Aggressivität erkennen, zeigen die vielen „Volksfeste", die die imperialistischen Armeen veranstalten. Hier in Bielefeld war es vor kurzem die Royal Air Force, die zu einer Flugschau eingeladen hat. Wir haben da in Gesprächen mit den Jugendlichen gemerkt, daß eine ganze Reihe noch nicht an die Gefahr eines neuen Weltkrieges glauben und daß vielen nicht klar ist, wie man denn gegen die Gefahr eines solchen Weltkrieges kämpfen kann.

Diese Illusionen, die viele Jugendliche noch haben und ihre Unsicherheit geht vor allem auf das Konto der „S"DAJ, die die Jugend mit ihrer Parole „Zerbrecht die Gewehre" systematisch bearbeitet und erreichen will, daß die Jugend nicht gegen den Imperialismus kämpft, der ja die Ursache für die imperialistischen Kriege ist. Aber mit pazifistischen Losungen kann man nicht gegen den imperialistischen Krieg kämpfen. Wir erklären deshalb den Jugendlichen, daß der einzig richtige Weg des Kampfes der ist, den Lenin und Mao Tsetung gewiesen haben: Wer den Krieg abschaffen will, muß das Gewehr in die Hand nehmen.

RM: Wie wollt ihr in Bielefeld erreichen, daß möglichst viele Jugendliche mit der Roten Garde zur Demonstration zum Roten Antikriegstag nach Frankfurt und zum Jugendkongreß nach Offenbach fahren?

Brigitte: Wir versuchen im Augenblick, den Kongreß so breit wie möglich unter den Jugendlichen bekannt zu machen. Dazu haben wir in der Innenstadt Stände gemacht und zu Diskussionsrunden eingeladen. Außerdem gehen wir mit der Zeitung „Die Rote Garde" in die Jugendheime und Freibäder. Bis jetzt haben wir gute Erfahrungen in Diskussionen gemacht und einige Jugendliche waren richtig begeistert, daß wir zu diesem Thema einen Kongreß veranstalten wollen.

RM: Was wird denn auf dem Kongreß geboten und worauf freust Du Dich besonders?

Brigitte: Auf dem Kongreß wird am ersten und zweiten Tag je eine Rede zu wichtigen Problemen der Jugend gehalten. Am ersten Tag spricht der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust zur Jugend, am zweiten Tag wird in einer Rede auf die bürgerliche Weltanschauung und Kultur eingegangen. Daneben gibt es noch eine Reihe kultureller Beiträge. Besonders gespannt sind wir auch auf die Beiträge der ausländischen Gäste darüber, wie sie in ihren Ländern den Kampf gegen die Supermächte, die Hauptkriegstreiber, führen.



RM: Wer kann an dem Kongreß teilnehmen? Wie kann man hinkommen?

Brigitte: Zu diesem Kongreß ist natürlich jeder Jugendliche herzlich eingeladen, der sich für dieses Thema und für die Rote Garde interessiert. Wenn man mitfahren will, wendet man sich am besten direkt an die Flugblattverteiler der Roten Garde. Man kann aber natürlich auch zu den Parteibüros der KPD/ML gehen. Die Genossen werden dann alles weitere regeln. Für die Fahrt nach Frankfurt und nach Offenbach werden Busse organisiert. Auch wegen der Übernachtung braucht sich niemand Sorgen zu machen. Übernachtet werden soll in Zelten, die von den Rote Garde Gruppen, die zum Kongreß fahren, mitgebracht werden müssen.

RM: Wir wünschen Euch viel Erfolg zu Eurem Kongreß und bedanken uns für das Gespräch.

Musste es zur Katastrophe kommen?

Fortsetzung von Seite 1

kämpfung des Brandes, auszunutzen, um ihr Image aufzubessern, wie sie in den Einsatzleitungen um die Leitungen gestritten haben und überhaupt eine rege Aktivität entfalteten, um sich als Wahrer der Interessen der Bevölkerung hinzustellen. Besonders die Spitzen der Landesregierung von Niedersachsen, Ministerpräsident Kubel und Innenminister Groß haben sich in dieser Hinsicht hervorgetan. Als diese beiden von dem Brand hörten, war ihr erster Gedanke offensichtlich nicht der, wie die Katastrophe am schnellsten beendet werden kann,



Nicht einmal Transportmöglichkeiten sind bereitgestellt. In Schubkarren müssen die Menschen ihre Habe aus dem Gefahrengebiet bringen.

sondern sie setzten sich in einen Hubschreiber, flogen in das Brandgebiet, um vor den Journalisten Erklärungen abzugeben und, wie Kubel, Witze zu reißen und sich in Positur zu werfen, während sie gleichzeitig jede Verantwortung weit von sich wiesen. **Das hat überall große Empörung ausgelöst und zeigt die völlige Verrottung dieser Leute, ihren Zynismus und ihre Arroganz gegenüber dem Volk.**

Dazu kommt die ganz offensichtliche Tatsache, daß die Brände nicht von Anfang an mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft worden sind, daß die Einsatzbefehle für die Löschmannschaften usw. ungenügend koordiniert waren. So haben Feuerwehrleute z. B. berichtet, daß sie mehrmals einander widersprechende Befehle erhalten haben und oft nicht gewußt hätten, wo sie überhaupt hinsollten. Vor allem aber ist es eine Tatsache, daß die Einheiten der Bundeswehr, ihr Großeinsatz wie z. B. das Brechen großer kilometerlanger Schneisen durch die Wälder, um das Feuer einzudämmen, der Einsatz von Tausenden von Soldaten in breiter Front usw., der letztendlich zur erfolgreichen Eindämmung des Feuers führte, erst in dem Augenblick angeordnet worden ist, als das Feuer die großen militärischen Sperrgebiete, die Truppenübungsplätze und Munitionsdepots, die Schießbahnen der NATO und der amerikanischen Imperialisten gefährdete. **Anfangs war die Bundeswehr nicht im Einsatz, gab es nur wenig mehr als 100 Soldaten, die an der Brandbekämpfung beteiligt waren. Der zu späte Einsatz der Bundeswehr ist ein wesentlicher Grund dafür, daß sich das Feuer so schnell ausbreiten konnte.**

Das alles ist so offenkundig und die Empörung ist so groß, daß die bürgerliche Presse, vor allem die Bild-Zeitung, versucht, diese Empörung zur Propaganda für eine Verschärfung der Faschisierung auszunutzen versucht. Schon als der Brand noch tobte, hatte Innenminister Groß bereits erklärt, die „offensichtliche Unzulänglichkeit" des „Katastrophenschutzes" habe ihre Ursache darin, daß die „Notstandsgesetze in Verruf geraten" seien. Und kaum war der Brand unter Kontrolle, schreibt Bild am Sonntag in einem Kommentar: „Jetzt muß gehandelt werden! Der Katastrophenschutz darf nicht länger politisch diffamiert werden". Gleichzeitig bemüht sich dieses Hetzblatt, auf den nächsten zwei Seiten, die Bundeswehr und die militärische Organisation der Brandbekämpfung herauszuputzen, wie es nur geht.

Die Wirklichkeit sieht allerdings ganz anders aus. Es ist bekannt, daß die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer jedes Jahr Milliardensummen ausgeben, um z. B. die Polizei mit den neuesten und modernsten Waffen auszurüsten, Waffen, die allerdings dazu dienen, das Volk zu unterdrücken wie z. B. Wasserwerfer und Schützenpanzer, Maschinenpistolen und „chemical mace", daß der Bourgeoisie keine Mark zu schade ist, die sie für die Modernisierung und Zentralisierung ihres Unterdrückungsapparates ausgibt, daß sie Sondereinheiten der Polizei und Mordkommandos herzüchtet, aber eben nicht, um Katastrophen zu verhüten, sondern um das Volk zu unterdrücken und die revolutionäre Bewegung und die Kommunisten zu verfolgen. Das ist das Wesen der Sache, auf diese Aufgabe ist der imperialistische Staatsapparat ausgerichtet, und zu keiner anderen und hier klappt die Organisation, die Zusammenarbeit, hier gibt es die modernsten Geräte usw.

Ganz genau so verhält es sich mit der Bundeswehr. So sehr sie auch von der Bildzeitung herausgeputzt werden mag, sie ist eben keine Armee im Dienst des Volkes sondern dient als Armee der westdeutschen Imperialisten in der Hauptseite der Unterdrückung des Volkes bzw. der imperialistischen Aggression.

Natürlich haben es auch die modernen Revisionisten der D„K"P nicht versäumt, um die Gelegenheit zu nutzen, Abrüstung zu propagieren, z. B. Anschaffung von Löschfahrzeugen anstelle der Starfighter und damit nicht nur Verwirrung über den imperialistischen Staat und die imperialistische Armee zu stiften, sondern sich auch landesverräterisch im Interesse der russischen Sozialimperialisten betätigt.

Einen wirklichen Katastrophenschutz im Interesse des Volkes wird es nicht geben, solange die Imperialisten die Macht haben.

Auch die Brandkatastrophe in Niedersachsen zeigt uns das Wesen des kapitalistischen Staates, der der Unterdrückung des Volkes dient, zeigt uns die Verrottung der kapitalistischen Gesellschaft, die durch die proletarische Revolution beseitigt werden muß.

Die Volksrepubliken China und Albanien dagegen, Staaten der Diktatur des Proletariats, zeigen, daß hier der Katastrophenschutz und der Kampf gegen die Folgen von Naturkatastrophen wirklich im Interesse des Volkes betrieben wird. Als es kürzlich in der chinesischen Provinz Liaoning zu einem schweren Erdbeben kam, waren durch ein weit gefächertes Frühwarnsystem, das auf der aktiven Beteiligung der Volksmassen beruht, schon solche Vorbereitungen getroffen worden, daß der Schaden relativ gering ausgefallen ist. Und nach dem Erdbeben beteiligte sich die Volksarmee gemeinsam mit den Arbeitern und Bauern am Wiederaufbau, während die Bundeswehr z. B. 1970 dem Landkreis Celle für ihren Einsatz gegen einen Waldbrand eine Rechnung von 20000 DM präsentierte.

Als in der Volksrepublik Albanien die Stadt Librazhd durch ein Erdbeben fast vollständig zerstört worden war, rief die Partei der Arbeit Albaniens die Menschen im ganzen Land auf, bei der Beseitigung der Schäden zu helfen. Tausende kamen und bauten die Stadt in einem konzentrierten Schlag in nur einem Monat fast vollständig wieder auf.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift..............................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 34/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040/ 43 99 137. Öffnungszeiten Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/ 44 15 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel. 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Veranstaltungen der Roten Garde

LÜBECK:

„Roter Antikriegstag", 25. 8., 19.00 Uhr, „Turnerschaftshaus", An der Mauer.

BREMEN:

„Jugend gegen den imperialistischen Krieg!", 22. 8., 19.00 Uhr, Gaststätte „Weidenhofer", Bremen-Osterholz, Grenzwehrstr. 46.

HEIDMÜHLE:

„Jugend gegen den imperialistischen Krieg!", 20. 8., 19.00 Uhr, (Rote Garde Ostfriesland).

JUGEND GEGEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG



KAMPF DEN KRIEGSVORBEREITUNGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE!
KONGRESS Stadthalle Offenbach 30. – 31. August 1975

**Samstag, 30. 8. und Sonntag, 31. 8.
Stadthalle Offenbach
(bei Frankfurt)
Beginn: Samstag 17 Uhr,
Sonntag: 10 bis 18 Uhr**